



BESCHLÜSSE DES PARTEIKONVENTS 2019

AM 23. MÄRZ 2019
IM BERLIN CONGRESS CENTER
IN BERLIN

#EUROPAISTDIEANTWORT

SPD.DE

**Inhaltsverzeichnis
(Europa-Parteikonvent 23. März 2019)**

	Seite(n)
Tabellarische Übersicht der angenommenen und überwiesenen Anträge	4-5
Europawahlprogramm (L)	6-35
Änderungsanträge (Ä)	36-41
Europapolitik (EU)	42-44
Weitere Anträge	45

Tabellarische Übersicht der angenommenen und überwiesenen Anträge des Europa-Parteikongress vom 23. März 2019

	Antragsteller	Überschrift	Beschluss	Seite/n
L1	Parteivorstand	Kommt zusammen und macht Europa stark!	(Angenommen)	6
Ä117	<i>Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Änderungsanträge zum Kapitel VII.1	(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)	36
Ä119	<i>Landesverband Nordrhein-Westfalen</i>	Änderungsanträge zum Kapitel VII.1	(Überwiesen an SPD-Parteivorstand) (Überwiesen an SPD-Parteivorstand zur Frage der CO2-Grenzsteuer)	36
Ä121	<i>08/01 Rixdorf (Landesverband Berlin)</i>	Änderungsantrag zum Kapitel VII.1	(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)	36
Ä122	<i>Landesverband Berlin</i>	Änderungsantrag zum Kapitel VII.1	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	36
Ä123	<i>Ortsverein München Au (Landesverband Bayern)</i>	Änderungsanträge zum Kapitel VII.1	(Überwiesen an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament)	37
Ä125	<i>Ortsverein Aachen-Brüssel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Änderungsantrag zum Kapitel VII.1	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion) (Überwiesen an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament)	37
Ä126	<i>Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten</i>	Änderungsantrag zum Kapitel VII.1	(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)	37
Ä127	<i>Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Änderungsantrag zum Kapitel VII.1	(Überwiesen an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament)	37
Ä132	<i>Kreisverband Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Änderungsantrag zum Kapitel VII.2	(Überwiesen an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament)	37
Ä160	<i>Kreisverband Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Änderungsantrag zum Kapitel VIII	(Überwiesen an Kommission Internationale Politik beim SPD-Parteivorstand)	38
IA1	Parteivorstand	Initiative „Internationale Steuergerechtigkeit und fairer Wettbewerb“	(Angenommen)	38
IA2	Parteivorstand	Resolution Profis am Werk: Solidarität mit Fridays for Future	(Angenommen)	40
IA3		Schiere Größe im Bankengeschäft ist keine Lösung, sondern eine Gefahr - Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank kritisch	(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)	41

	Antragsteller	Überschrift	Beschluss	Seite/n
		bewerten und rechtzeitig stoppen!		
EU31	<i>Landesverband Schleswig-Holstein</i>	Gleiche Pflichten, gleiche Rechte - Ausländerwahlrecht bei der Europawahl ermöglichen	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	42
EU35	<i>Landesverband Berlin</i>	Finanzierung des Programmes DISCOVER EU dauerhaft sichern	(Überwiesen an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament)	42
EU44	<i>Stadtverband Wolfenbüttel (Bezirk Braunschweig)</i>	Europa umsetzen!	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	43
EU45	<i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Zukunftsvision durch gemeinnützige kommunale Unternehmen überall in der EU	(Überwiesen an SPD-Parteivorstand - Kommunalbeirat)	43
EU52	080 Kreis Neukölln (Landesverband Berlin)	Ja zu einem starken Urheberrecht, Nein zu Uploadfiltern	(Angenommen)	44

Leitantrag (L)

Antragsbereich L/ **Antrag 1** Parteivorstand
(Angenommen)

Kommt zusammen und macht Europa stark!

I. Einleitung

5 Die europäische Idee bleibt der bedeutendste politische und zivilisatorische Fortschritt des vergangenen Jahrhunderts: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Partnerschaft über nationale Grenzen hinweg. Ein lang anhaltender Frieden auf unserem von Jahrhunderten der Kriege erschütterten Kontinent. Die europäische Idee ist die Antwort auf die großen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft.

10 Der Zusammenhalt Europas ist keine Selbstverständlichkeit. Er ist ein Erfolg der Frauen und Männer, die nach den grausamen Erfahrungen der beiden Weltkriege, der nationalen Überhöhung und dem Schüren von Hass auf andere Länder und Menschen den Mut und die Kraft hatten, das Trennende zu überwinden und gemeinsam an einem anderen, friedlichen und vereinigten Europa zu arbeiten. Auch die friedliche Revolution, an deren Ende die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten stand, war ein riesiger Schritt der europäischen Integration.

15 Doch der Zusammenhalt ist gefährdet. Grundpfeiler, die ihn stützen, sind brüchig geworden: Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre sind Zweifel am europäischen Wohlstandsversprechen gewachsen. Immer noch überwiegen die wirtschaftlichen Interessen der Konzerne zulasten der sozialen Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger. Zugleich scheint der globale Markt, gerade der Finanzmarkt, die politische Gestaltungsmacht von Staaten auszuhebeln. Und als in den vergangenen Jahren viele Schutzsuchende nach Europa kamen, ist es nicht gelungen, die eigenen Werte der Freiheit, der Solidarität, der Humanität und des Schutzes in eine überzeugende gemeinsame Politik zu übersetzen.

25 Mittlerweile handeln einige Staaten der Europäischen Union immer unverhohlener im eklatanten Widerspruch zu den freiheitlichen und demokratischen Grundprinzipien, die in den europäischen Verträgen verankert sind. Populistinnen und Populisten, Rechte und neue Nationalistinnen und Nationalisten stellen sich frontal gegen den europäischen Einigungsgedanken, wollen Europa schwächen und damit das Rad der Geschichte zurückdrehen. Das versuchen auch Feindinnen und Feinde des europäischen Zusammenhalts außerhalb Europas für sich zu nutzen.

30 Wichtiger als je zuvor sind darum heute Klarheit in der Überzeugung, Mut im politischen Handeln und die Bereitschaft, Europas Zusammenhalt und Einheit zu verteidigen und zu stärken. Sprachlosigkeit angesichts der Herausforderungen und die Visionslosigkeit einer reinen Sparpolitik sind keine Antworten auf die Zukunftsfragen Europas.

35 Wir brauchen Europa, um die großen Zukunftsaufgaben erfolgreich zu bewältigen: durch gemeinsame europäische Zukunftsinvestitionen in unsere gemeinsamen öffentlichen Güter. Durch Schaffung echter sozialer Grundrechte mit fairen Regeln und starken Rechten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Schutzrechten für Verbraucherinnen und Verbraucher, gerade auch in Zeiten der Digitalisierung und des ökologischen Wandels. Durch eine dem Frieden und der Abrüstung verpflichtete europäische Außenpolitik. Durch eine Nachbarschaftspolitik, die den Staaten und Regionen südlich und östlich der EU faire Angebote zur Zusammenarbeit macht. Durch eine gemeinsame Flüchtlingspolitik, die Europas Werten der Freiheit und Humanität entspricht. Durch eine Politik, die es schafft, immer noch entfesselte Finanzmärkte zu bändigen. Durch eine Politik, die Steuerflucht bekämpft und alle in die Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft nimmt. Und durch eine Politik, die aus Verantwortung für die nachfol-

50 genden Generationen den Klima- und Umweltschutz konsequent verstärkt. Wir verstehen die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) 2030 der Vereinten Nationen als Leitbild unseres europapolitischen Handelns, weil nur so die aktuellen ökonomischen, ökologischen, sozialen und internationalen Politikbereiche gemeinsam angegangen und gelöst werden können.

Wir wollen Impulse für mehr europäische Solidarität geben und die politische und soziale Integration Europas weiter vorantreiben. Ein starkes Europa liegt im ureigenen Interesse Deutschlands: um wirtschaftliche Ungleichgewichte und soziale Ungleichheiten in Europa abzubauen.

55 Um mehr Möglichkeiten für gesellschaftlichen Austausch zu schaffen, gerade für junge Menschen. Um die Demokratie und den europäischen Parlamentarismus zu stärken. Wir sind bereit, in den Zusammenhalt Europas zu investieren, weil Investitionen in ein starkes Europa die beste Grundlage für eine gute Zukunft auch in Deutschland sind.

60 Dafür brauchen wir jetzt Tempomacherinnen und Tempomacher, die bei immer mehr Projekten mutig voranschreiten und die anderen Partnerinnen und Partner durch Erfolge überzeugen. In diesem Sinne wollen wir das in den Verträgen angelegte Prinzip der verstärkten Zusammenarbeit konsequenter nutzen und weiterentwickeln. Es geht dabei nicht um die Verfestigung eines Kerneuropas. Denn die Tempomacherinnen und macher sind keine geschlossene Gesellschaft, je nach Projekt können ganz unterschiedliche Gruppen zusammenfinden. Vor allem die Eurozone muss jetzt Tempo machen. Wir wissen, unsere Vision eines starken Europas ist ehrgeizig, wir müssen Widerstände überwinden. Es gibt politische Kräfte, für die Europa nicht die Antwort ist, sondern die ihr Heil in der Rückkehr zu Egoismus und Nationalismus suchen.

70 Wir laden alle ein, sich diesen Kräften entgegenzustellen und mit uns für ein Europa des Friedens, der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Demokratie zu streiten. Kommt zusammen! Es geht um viel. Gemeinsam machen wir Europa besser – sozial, demokratisch und frei.

75

II. Für ein Europa, das zusammenhält

80 Unser Europa ist in Gefahr. Wir alle sehen die Fliehkräfte und Bedrohungen, denen es ausgesetzt ist: den Angriffen Russlands auf das Völkerrecht und die Souveränität benachbarter Staaten. Dem Egoismus von „America First“ und dem nicht nur wirtschaftlichen Chauvinismus des US-amerikanischen Präsidenten. Einem China, das uns weismachen will, dass auch ohne Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit der geldwerte Wohlstand erstrebenswert ist. Auch im Inneren zerren der Rechtspopulismus und der Nationalismus an der Einheit der Europäer und Europäerinnen, die sich gemeinsam geschworen haben, nie wieder gegeneinander ins Feld zu ziehen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen: „Nationalismus bedeutet Krieg!“ Und nur wir können dafür sorgen, dass Europa auch in Zukunft diesen Bedrohungen standhält.

85 Aber wir gemeinsam können dafür sorgen, dass Europa auch in Zukunft zusammenhält. Gemeinsam können wir den Nationalismus besiegen. Der Zusammenhalt ist der Schlüssel, um Zukunftsängsten, Unruhen und krisenhaften Entwicklungen in einzelnen Mitgliedsstaaten zu begegnen. Er kommt nicht von selbst. Zusammenhalt in Europa setzt Verständigung voraus.

90 Wir dürfen uns nicht ausschließlich von unseren kurzfristigen vermeintlichen nationalen Interessen leiten lassen. Gerade Deutschland muss immer auch den Ausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten und den Zusammenhalt des Ganzen im Auge haben.

95 Es gilt, das alte soziale Versprechen Europas einzulösen, auf das die Bürgerinnen und Bürger schon so lange warten. In den letzten Jahren haben sie häufig das Gegenteil eines sozialen Europas erlebt. Statt eines kalten und neoliberalen Europas, bei dem die Schwachen unter die Räder kommen, wollen wir ein

100 modernes und solidarisches Europa, in dem technischer und gesellschaftlicher Fortschritt Hand in Hand
gehen, wo wirtschaftliche Dynamik und ökologische Vernunft zusammengehören, wo Bildungs- und Be-
rufschancen für die Jüngeren nicht gegen eine auskömmliche Rente für die Älteren ausgespielt werden,
wo es einen Wettbewerb um die besten Innovationen für die Realwirtschaft gibt, nicht einen Wettbewerb
105 um die schädlichsten Steuervermeidungsmodelle, riskantesten Finanzkonstruktionen oder schlechtesten
Arbeitsbedingungen. Es ist ein Irrglaube, dass durch reines Sparen und den Rückzug des Staates breite
Teile der Bevölkerung oder gar alle profitieren.

Wir können gemeinsam dafür sorgen, dass alle Unternehmen endlich einen anständigen Beitrag zur Fi-
nanzierung des Gemeinwohls leisten. Sie sollen Steuern zahlen, wie es sich gehört. Wenn das kleine Café
110 an der Ecke ein Vielfaches mehr an Steuern zahlt als eine große Starbucks-Filiale, dann stimmt etwas nicht
im System. Gleichzeitig fehlen den Mitgliedsstaaten zu oft die Mittel für bessere Schulen oder im Kampf
gegen die Jugendarbeitslosigkeit, für funktionierende Sozialsysteme oder eine moderne, den Bedürfnis-
sen der Menschen entsprechende ordentliche öffentliche Infrastruktur. Zukunft kostet Geld. Unsere Zu-
kunft soll durch die Allgemeinheit finanziert werden. Deshalb darf sich niemand durch Trickereien,
115 Schlupflöcher oder Straftaten seiner Verantwortung entziehen. Wer Milliarden erträge erwirtschaftet,
muss endlich auch angemessen besteuert werden und seinen Teil für die Gesellschaft leisten. Das gilt für
alle, auch für die digitalen Großkonzerne.

Ein Zusammenwachsen der Völker Europas setzt eine schrittweise Angleichung der Lebensbedingungen
120 voraus – in Deutschland ebenso wie in Finnland oder Griechenland, in Portugal wie in Polen. Es geht da-
rum, dass die Bürgerinnen und Bürger konkret erleben, dass Europa sie schützt und ihnen hilft, ein gutes
und sicheres Leben zu führen. Dafür brauchen wir eine europäische Haushaltspolitik, die den Menschen
dient, ein Europa, in dem alle Konzerne endlich ihren fairen Anteil an Steuern zahlen und damit ihren
angemessenen Beitrag für das Gemeinwohl leisten.

125

1. Europas soziales Versprechen einlösen – Vorrang für soziale Grundrechte

Die praktische Geltung der sozialen Grundrechte hat in Europa nicht Schritt gehalten mit der gelungenen
wirtschaftlichen Integration. Um dieses Ungleichgewicht auszugleichen, treten wir für eine neue Balance
zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten ein. Erst wenn die sozialen Rechte den Grund-
130 freiheiten der EU gleichstehen, können europäische Gesetze nicht mehr zu Sozialabbau und Einschrän-
kung der Mitbestimmung führen.

Was wir machen:

- 135 • Die 2017 proklamierte **Europäische Säule der sozialen Rechte (ESSR)** wird mit einer verbindlichen eu-
ropäischen Sozialagenda umgesetzt und mit Leben erfüllt. Die Rechtsverbindlichkeit der sozialen
Rechte muss sichergestellt werden. Im mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 sollen die nötigen
finanziellen Mittel vorgesehen werden, die es braucht, um eine europäische Sozialpolitik für die Bür-
gerinnen und Bürger auch erfahrbar zu machen.
- 140 • **Mindestlöhne gegen Armut und solide Grundsicherung in Europa.** Deshalb wollen wir einen Rahmen
für armutsfeste Mindestlöhne und adäquate Mindeststandards für nationale Grundsicherungssys-
teme in allen EU-Staaten durchsetzen. Dies ist das Herzstück der im November 2017 proklamierten
ESSR. Kein Vollzeitlohn in der Europäischen Union darf unter der nationalen Armutsschwelle liegen.
Funktionierende nationale Lohnfindungsmechanismen und nationale Systeme der Mindestlohnset-
zung gilt es zu erhalten. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen mittel- bis langfristig das Schutzniveau ihrer
145 Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungssysteme angleichen. Die Annäherung an ein hohes
Sozialschutzniveau für alle wird die Nachfrage stabilisieren und Europas Volkswirtschaften krisenfes-
ter machen. Wir streben eine Rahmenrichtlinie für faire Mindestlöhne in Europa und für Mindest-
standards in der sozialen Sicherung an.
- 150 • **Einführung eines europäischen Fonds als Rückversicherung** für die Finanzierung von Sozialleistungen.
Er wird in guten Zeiten von allen Mitgliedsstaaten gefüllt. Während einer Beschäftigungskrise kön-

nen sie hieraus Mittel beanspruchen, um mit dem Geld ihre Arbeitslosenversicherungen zu unterstützen – damit nicht in der schwierigen Zeit die Leistungen für Arbeitslose gekürzt werden müssen. Nach der Krise führen sie das Geld zurück in den Fonds.

155

- **Mit der europäischen „Kindergarantie“ führen wir ein Instrument ein, um Kinderarmut zu beenden.** Im Europäischen Parlament konnten wir mit dafür sorgen, dass hierfür zusätzliche Mittel in Höhe von 5,9 Milliarden Euro beschlossen wurden. Hierdurch wollen wir allen Kindern den Zugang zu Bildung, eine gute Gesundheitsversorgung und den Zugang zu guten Nahrungsmitteln zukommen lassen.

160

- **Soziales Europa für alle Generationen.** Ein soziales Europa muss sich darum kümmern, dass alle Generationen, egal welchen Alters, ob Mann oder Frau, in Würde leben und alt werden können. Dazu gehören ein Leben ohne Armut, ein bezahlbarer Zugang zu guter Pflege und Gesundheitsvorsorge, bezahlbarer Wohnraum und bezahlbare öffentliche Infrastruktur sowie ein Zugang zu lebenslanger guter Bildung. Die Digitalisierung hilft uns, unser Leben länger selbstbestimmter führen zu können. Das nützt uns aber nur, wenn auch ein diskriminierungsfreier und bezahlbarer Zugang möglich ist.

165

- **Mit einem europäischen Masterplan Inklusion verbessern wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderung** am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft. Wir wollen ein einheitliches europäisches Behinderterrecht im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention.

170

- **Die öffentliche Daseinsvorsorge sichern und fördern wir.** Jeder und jede muss gleichberechtigten, solidarischen und räumlich nahen Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen haben. Dazu zählen wir insbesondere den Zugang zu Wasser und bezahlbarem Wohnraum. Wir wenden uns dagegen, dass privatwirtschaftliche Konzerne in ganzen Regionen den Zugang zu sauberem Trinkwasser kommerzialisieren. Dazu müssen die EU-Vergaberegeln neu gewichtet werden, durch die auch Tariftreue und die Einhaltung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker berücksichtigt werden. Die Möglichkeit von interkommunaler Zusammenarbeit und von Inhousevergaben müssen grundsätzlich aus dem Wettbewerb herausgehalten werden. Rekommunalisierungen sollen vereinfacht werden.

175

- Die europäischen sozialen Grundrechte verlangen, dass sozial schwächeren Menschen der **Zugang zu Sozialwohnungen oder qualitativer Wohnungsbeihilfe** gewährt wird. Hierfür wollen wir die nationalen Akteure zusammenbringen und einen europäischen Austausch organisieren.

180

2. Konzerne besteuern – Steuerkriminalität und Steuerdumping beenden

Wer Milliarden erträge erwirtschaftet, muss angemessen besteuert werden und seinen fairen Anteil für die solidarische Gesellschaft leisten. Das gilt auch für die digitalen Großkonzerne in Europa. Schluss mit dem Wettlauf um die niedrigsten Unternehmenssteuern zwischen den Mitgliedsstaaten! Schluss mit Wettbewerbsverzerrung auf Kosten des Allgemeinwohls!

185

Was wir machen:

- **Die unterschiedlichen Körperschaftssteuern werden angeglichen.** In Europa soll eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Körperschaftsteuer bei den Unternehmen eingeführt werden. Hierzu haben Deutschland und Frankreich gemeinsam die Initiative ergriffen und einen Vorschlag vorgelegt. Wir wollen diese Regelung gemeinsam mit unseren europäischen Partnerinnen und Partnern EU-weit einführen.

190

- **Mindeststeuersätze werden eingeführt.** Wir müssen ein Mindestniveau der Besteuerung vereinbaren und so sicherstellen, dass alle einen fairen Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben leisten. Damit ziehen wir eine untere Grenze ein, um den Steuerwettbewerb nach unten zu unterbinden.

195

- **Die digitale Wirtschaft wird gerecht besteuert.** Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, dass sich vor allem die Internetgiganten einer gerechten Besteuerung noch immer weitgehend entziehen. Auch die digitalen Unternehmen müssen ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Sie sind weltweit aktiv und verschieben ihre Gewinne häufig in Niedrigsteuerländer. Das wollen wir beenden und bis Ende 2020 eine globale Mindestbesteuerung der digitalen Unternehmen einführen. Gleichzeitig treiben wir eine europäische Lösung voran – für den Fall, dass die internationale Lösung nicht zu erreichen ist. Den gemeinsamen deutsch-französischen Vorschlag für eine Besteuerung der digitalen Wirtschaft ab dem 1. Januar 2021 wollen wir zügig in Europa umsetzen. Dafür streiten wir

200

205

im nächsten Europäischen Parlament. Die Frage der Steuergerechtigkeit wird ein Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020.

- **Der Kampf gegen Steuerflucht wird verschärft** durch automatische Meldepflichten für Banken, das Einfrieren verdächtiger Guthaben und eine verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung.
- 210 • **Mehr Handlungsfähigkeit in Steuerfragen – lähmendes Einstimmigkeitserfordernis abschaffen.** Der Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze muss aufhören. Damit Europa in Steuerfragen gerechter wird, soll künftig die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat entscheiden. Die Lähmung durch einzelne Mitgliedsstaaten, die nur ihre Pfründe sichern wollen, muss aufhören. Außerdem muss das Parlament volles Mitspracherecht in Steuerfragen erhalten.
- 215 • **Die Beihilfe zur Steuerhinterziehung und zum Steuerbetrug durch Banken und Beratungsagenturen werden konsequenter verfolgt.** Die kriminelle Praxis, sich mit sogenannten Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäften oder ähnlichen Gestaltungen auf Kosten der ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Vorteile zu erschleichen, muss effektiver verfolgt und schärfer bestraft werden. Wir wollen dazu eine Sondereinheit wie in Großbritannien aufbauen, die effektiv gegen Steuerbetrug vorgeht und Steuerhinterziehung konsequent verfolgt. Dies muss durch die europäischen Institutionen konsequent sichergestellt werden.
- 220 • **Vermeidung von internationaler Steuergestaltung.** Wir sind für Transparenz in Steuerfragen. Seit Mitte letzten Jahres werden die länderbezogenen Berichte (sogenannte Country-by-Country-Reports) zwischen den Steuerverwaltungen automatisch ausgetauscht. Damit können die Steuerverwaltungen konsequent gegen Gewinnverlagerungen vorgehen und die Firmen dort besteuern, wo der Gewinn erwirtschaftet wird. Hierbei muss die Europäische Kommission einbezogen werden. Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Berichte veröffentlicht werden.
- 225 • **Finanztransaktionssteuer einführen.** Seit 2010 steht das Thema Finanztransaktionssteuer in Europa auf der Tagesordnung, insbesondere auf Druck unserer sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament. Es ist daher höchste Zeit, dass bestehende Blockaden überwunden werden und wir diese Gerechtigkeitssteuer endlich durchsetzen. Wir haben zusammen mit Frankreich einen neuen Anlauf unternommen. Wir wollen in der EU eine Finanztransaktionssteuer nach dem Vorbild der französischen Finanztransaktionssteuer einführen. Mit der Besteuerung von Transaktionen auf im Inland emittierte Aktien machen wir den ersten Schritt. Die Einnahmen dieser Steuer sollen der EU zufließen. Dies ist jedoch nur der erste Schritt. Unser Ziel bleibt eine umfassende Finanztransaktionssteuer. Diese soll alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie alle Devisentransaktionen umfassen.
- 230
- 235

3. Gleichwertigere Lebensverhältnisse und menschlichere Haushaltspolitik

240 Jeder Mitgliedsstaat und jede Region sollen nach Kräften dafür sorgen, dass es den Bürgerinnen und Bürgern gut geht. Gleichzeitig unterstützen sich die Mitgliedsstaaten untereinander durch mehr Solidarität für gleichwertigere Lebensbedingungen in ganz Europa und seinen Regionen. Das Kaputtsparen vor allem zulasten des sozialen Zusammenhalts werden wir beenden. Zukunftsinvestitionen und die Konsolidierung von öffentlichen Haushalten dürfen nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden.

245

Was wir machen:

- Die **finanziellen Mittel für die Angleichung der Lebensbedingungen werden gesichert**, unter anderem durch die neu zu schaffenden Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer. Gleichzeitig wird die Effektivität der Kohäsionspolitik erhöht.
- 250 • **Wir sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit**, um gemeinsam mit unseren europäischen Partnerinnen und Partnern nach dem Brexit die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union zu sichern und den Ausbau der europäischen öffentlichen Güter zu befördern, was wiederum die nationalen Haushalte perspektivisch entlastet.
- 255 • **Ein gemeinsames Budget der Euroländer soll für mehr Investitionen sorgen**, die erforderlichen Produktivitätssteigerungen und Anpassungen der Wettbewerbsfähigkeit befördern und die Stabilität der Eurozone sichern. Aus einem solchen parlamentarisch kontrollierten Eurozonenhaushalt sollen die Mittel auch und gerade in Schwächephasen zur Stabilisierung zur Verfügung stehen.

- 260 • **Die Interessen der Städte und Kommunen werden besser berücksichtigt.** Das betrifft vor allem den Schutz der Daseinsvorsorge, den Erhalt von starken und handlungsfähigen Kreditgebern für die Wirtschaft vor Ort sowie die Berücksichtigung kommunaler Interessen bei der Gestaltung der künftigen Kohäsionspolitik.
- 265 • **Den ländlichen Raum deutlicher stärken.** Die technische und soziale Infrastruktur muss in Europa auch im ländlichen Raum weiter ausgebaut werden, um ihn insbesondere für junge Menschen und Familien attraktiv zu halten. Für gleichwertige Lebensverhältnisse, gerade auch in Ostdeutschland, ist die EU-Regionalpolitik weiterhin von großer Bedeutung. In der nächsten Förderperiode bedarf es daher einer entsprechenden Mittelausstattung. Doppelstrukturen in den europäischen Strukturfonds werden wir hierzu abbauen, um den ländlichen Raum zielgerichteter, effizienter und unbürokratischer zu stärken. Die Regionalförderung und Beteiligungen sollten zudem ein wichtiger Bestandteil einer neu zu konzipierenden EU-Industriepolitik sein. Als Faktor der Standortsicherung sollten sie mit einer Weiterentwicklung von qualifizierter Mitbestimmung auf EU-Ebene verbunden werden.
- 270 • **Den Euro stark halten und Mitgliedsstaaten früher und entschlossener helfen,** wenn sie in eine Krise zu rutschen drohen. Dafür werden wir den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickeln, damit er künftig früher helfen kann und nicht erst, wenn die Krise da ist – mit hohen politischen, ökonomischen und sozialen Kosten. Niemand weiß, wann die nächste Wirtschaftskrise Europa oder die Welt erschüttert. Deshalb müssen wir uns möglichst langfristig vorbereiten.
- 275 • **Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen nirgendwo in Europa mehr für Bankenpleiten bezahlen.** Eine Bankenkrise darf nicht wieder zu einer Staatsschuldenkrise werden. Hierfür werden wir die fatale Kopplung zwischen Staaten und Banken weiter auflösen. Dazu werden wir die Bankenunion weiter vertiefen und unter anderem eine gemeinsame Letztsicherung für den Bankenabwicklungsfonds schaffen.
- 280

285 III. Einen Kontinent der guten Arbeit schaffen

Europa ist wirtschaftlich erfolgreich. Das ist vor allem dem Fleiß und den Fähigkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verdanken. Sie sind es, die den Erfolg tagtäglich mit ihrer Arbeit hervorbringen. Gemeinsam können wir es schaffen, dass jede und jeder in Europa sicher sein kann, dass alle, die arbeiten, von ihrem Lohn auch gut leben können. Wir wollen, dass es funktionierende Sozialsysteme gibt, die bei Jobverlust und Krankheit Sicherheit garantieren. Dafür müssen wir viel tun. Innerhalb Europas herrschen weiterhin gravierende Unterschiede bei der sozialen Absicherung der Beschäftigung. Auch hat sich die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung in den letzten Jahren weiter verschärft. Vor allem die Beschäftigten mit niedrigeren Einkommen bekommen europaweit viel zu oft unter dem Strich weniger Lohn als noch vor 20 Jahren. Viel zu oft werden Kolleginnen und Kollegen in Europa gegeneinander ausgespielt, etwa durch systematische Tarif- und Mitbestimmungsflucht, durch Missbrauch des Subunternehmertums oder durch Scheinselbstständigkeit. Das muss schnell korrigiert werden.

300 Arbeit muss angemessen entlohnt und der gemeinsam erarbeitete Wohlstand muss gerecht verteilt werden. Wir wollen, dass soziale Sicherungssysteme EU-weit gestärkt und Löhne angehoben werden. Dafür muss die Tarifbindung ausgebaut und wieder zum Normalfall werden. Davon kann auch die Volkswirtschaft profitieren: Unternehmen mit hoher Tarifbindung sind im Durchschnitt erfolgreicher sowie produktiver und haben eine stabilere Beschäftigungslage.

305 Die Digitalisierung ist dabei, die Arbeitswelt grundlegend zu verändern. Sie ist dann eine enorme Chance für gute Arbeit, wenn sie gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet und die Dividende gerecht verteilt wird. Bestehende Berufsqualifikationen dürfen nicht entwertet, sondern müssen durch ein Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung für die Zukunft genutzt werden. Vor allem dürfen durch den technologischen Fortschritt keine Rückschritte bei den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstehen. Wir wollen keine „digitalen Tagelöhnerinnen und Tagelöhner“, die nur auf Abruf arbeiten können. Wir haben den Achtstundentag 1918 eingeführt. Zum Schutz der Beschäftigten werden wir ihn heute

315 verteidigen. Die Entgrenzung der Arbeit und eine fortwährende Erreichbarkeit der Beschäftigten lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns für eine klar geregelte Flexibilität dort ein, wo sie den Beschäftigten und den Unternehmen zugutekommt und die Chancen der Digitalisierung für Familienfreundlichkeit nutzt. Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung für einen inklusiven Arbeitsmarkt stärker nutzen.

1. Gute Löhne in Europa durchsetzen

320 Niemand in Europa darf arm sein. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen von ihrem Lohn gut leben können. Es muss Schluss damit sein, dass auf dem Rücken der Beschäftigten Lohn- und Sozialdumping betrieben wird. Gerade Frauen müssen endlich gerecht bezahlt werden. Um das zu erreichen, brauchen wir klare Regeln für alle, starke Betriebsräte und Gewerkschaften.

Was wir machen:

- 325 • **Mindestlohn von 12 Euro in Deutschland und länderspezifische Mindestlöhne** in allen Mitgliedsstaaten. Der Mindestlohn in Deutschland ist immer noch zu niedrig. Er soll steigen, um die Beschäftigten besser an den Produktivitätszuwächsen der letzten Jahre zu beteiligen und besser gegen Altersarmut zu schützen. In allen Mitgliedsstaaten Europas sollen zudem Mindestlöhne geschaffen werden, die mindestens 60 Prozent des nationalen Medianlohns betragen und so besser vor Armut schützen.
- 330 • Ein europäischer **Standard für die Mindestvergütung soll die Situation von Soloselbstständigen** verbessern. Auch durch eine Mindestausbildungsvergütung und eine Möglichkeit gemeinsamer Absprachen gegen Unterbietungskonkurrenz soll das Machtgefälle zwischen Auftraggeberinnen und gebern sowie Auftragsnehmerinnen und nehmern zugunsten der letztgenannten Gruppe verschoben werden.
- 335 • Überall in Europa **muss Frauen und Männern der gleiche Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort** gezahlt werden. Die Sozialdemokratie hat dafür gesorgt, dass dieser Grundsatz eingeführt wurde. Jetzt muss es darum gehen, diesen Grundsatz voll zu verwirklichen und ihn auch explizit auf das Transportgewerbe anzuwenden.
- 340 • **Stärkung der Sozial- und Arbeitsschutzstandards in den EU-Mitgliedsstaaten.** Der Schutz der Beschäftigten soll durch die Festlegung allgemeingültiger Regeln für angemessene Arbeitsbedingungen sowie Gesundheit und Sicherheit verbindlich weiterentwickelt und an neue Risiken angepasst werden. Dabei stellen wir sicher, dass das erreichte Niveau in Deutschland nicht gesenkt wird.
- 345 • **Verstöße gegen das Arbeitsrecht genauso hart ahnden wie Wettbewerbsverstöße.** Die bestehende Unwucht muss beendet werden. Sanktionen bei Regelverstößen sollen abschreckend sein: Unternehmen, die systematisch das Arbeits- und Arbeitsschutzrecht brechen, sollen künftig von Subventionszahlungen ausgenommen werden.
- 350 • Die **Europäische Arbeitsbehörde (ELA) wird zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping gestärkt.** Zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping führen wir eine europäische Sozialversicherungsnummer samtelektronischem Sozialversicherungsregister ein. Die Behörden vor Ort bekommen endlich ein zusätzliches Instrument, um grenzüberschreitenden Sozialversicherungsmissbrauch und -betrug wirksam zu bekämpfen.

2. Mitbestimmung stärken, Wohlstand sichern

355 Wir brauchen ein faires Europa, das schützt. Das betrifft auch die Sicherheit am Arbeitsplatz und Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Einbeziehung der Gewerkschaften in Verhandlungen europäischer Gesetze müssen verbessert werden. Nur mit einer starken Stimme der Beschäftigten können wir die Unternehmen demokratischer machen – vor allem, wenn sie innerhalb Europas ihre Firmensitze verlegen oder verschmelzen wollen.

Was wir machen:

- 360 • **Maßnahmen gegen Mitbestimmungsflucht von Unternehmen.** Für alle Unternehmen europäischen Rechts werden Mindeststandards zur Unternehmensmitbestimmung geschaffen. Das gilt besonders für die Europäische Aktiengesellschaft. Das Gleiche gilt für die grenzüberschreitende Umwandlung, Verschmelzung oder Spaltung von Unternehmen mit unterschiedlichen nationalen Rechtsformen.

- 365 • Die Tarifbindung wird dadurch gestärkt, dass **Tariftreue künftig in Ausschreibungs- und Vergabeverfahren besonders positiv berücksichtigt** wird. Unternehmen, die als Sozialpartner anständig bezahlen, sollen nicht das Nachsehen haben gegenüber denjenigen, die auf Kosten der Beschäftigten Lohn-dumping betreiben. Dazu gehört auch eine bessere Absicherung der Beschäftigten bei Betreiberwechseln durch verbindliche Vorschriften zum Personalübergang und dem sicheren Fortbestehen von Arbeits- und Sozialbedingungen.
- 370 • Mehr **Beratungs- und Informationsangebote für grenzüberschreitend tätige Beschäftigte**. Starke Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kann nur geltend machen, wer sie auch kennt. Daher wollen wir Beratungs- und Informationsangebote für all jene fördern, die in Europa von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen.
- 375 • Die **Rechte der europäischen Betriebsräte werden gestärkt**. Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen sollen mitbestimmungspflichtige Maßnahmen so lange nicht durchführen dürfen, bis die vorgeschriebene Beteiligung der Interessenvertretung erfolgt ist.
- 380 • Die **Gründung von europaweiten Jugend- und Auszubildendenvertretungen** wird vorangebracht. In grenzüberschreitend tätigen Unternehmen sollen Beschäftigte unter 18 Jahren und Azubis ihre Rechte auf Information und Anhörung durch die Unternehmensleitung besser wahrnehmen können.
- Der soziale Dialog soll gestärkt und die **Sozialpartner sollen besser in die europäischen Gesetzgebungsprozesse eingebunden werden**. Vereinbarungen der Sozialpartner sollen von der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten berücksichtigt werden.

385 **3. Arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmerfreundliche Digitalisierung der Arbeit**

Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt grundlegend. Sie ist eine enorme Chance für bessere Arbeit, wenn sie gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet wird. Wir wollen, dass die „Digitalisierungsdividende“ allen zugutekommt. Das ist für uns eine zentrale Verteilungsfrage. Es darf nicht sein, dass nur wenige profitieren, während für die Mehrheit der Druck auf dem Arbeitsmarkt steigt. Bestehende Berufsqualifikationen dürfen nicht entwertet, sondern müssen durch Weiterbildung und Qualifizierung für die Zukunft genutzt werden. Vor allem dürfen durch den technologischen Fortschritt keine Rückschritte bei den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstehen. Wir wollen keine „digitalen Tagelöhnerinnen und Tagelöhner“, die nur auf Abruf arbeiten können. Die Entgrenzung der Arbeit und eine fortwährende Erreichbarkeit der Beschäftigten lehnen wir ab. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung muss lebenslanges Lernen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer problemlos verfügbaren Selbstverständlichkeit des beruflichen Lebenswegs werden.

Was wir machen:

- 400 • Wir fordern **einen stärkeren Beschäftigtenschutz**, der dem Trend zu gläsernen und jederzeit abrufbaren Angestellten einen Riegel vorschiebt. Propagierte Freiheit, Flexibilität und Selbstbestimmung der neuen Arbeitsmodelle dürfen kein Synonym für immer umfassendere Kontrollmaßnahmen und Leistungsanalysen werden, die durch zunehmende Digitalisierung gefördert werden.
- 405 • Den **Beschäftigtendatenschutz** wollen wir im Lichte neuer Herausforderungen der künstlichen Intelligenz, digital vernetzter Industrieproduktion und plattformgetriebener Dienstleistungsarbeit europaweit modernisieren.
- 410 • Wir arbeiten hin auf **einen neuen Flexibilitätskompromiss**, der die Bedürfnisse von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgleicht und die gefundenen Lösungen sozial absichert. Arbeitszeit darf uns in Zeiten digitaler Vernetzung und ständiger Erreichbarkeit nicht entgleisen und braucht eine klare Regulierung. Jeder und jedem muss das Recht auf Nichterreichbarkeit und das Recht auf Freizeit zustehen. Der Achtstundentag steht dabei für uns nicht zur Disposition.
- 415 • Wir fordern eine **EU-Richtlinie zum Schutz von Beschäftigten auf Onlineplattformen**, um faire Lohn- und Arbeitsbedingungen in der digitalen Arbeitswelt sicherzustellen. Wir dulden keine schwarzen Schafe im europäischen Binnenmarkt, die für den Profit Mindeststandards unterlaufen, die andere einhalten. Wir setzen gleiche arbeits- und sozialrechtliche Regeln für alle durch – egal ob online oder offline!

IV. Freiheit schützen und auf die Jugend bauen

420 Gemeinsam müssen wir verhindern, dass die Demokratie zu einer Diktatur der Mehrheit wird. Wenn mit rechtspopulistischen parlamentarischen Mehrheiten der Kernbestand demokratischer Grundprinzipien geschleift wird, muss die Europäische Union die Rechtsstaatlichkeit schützen. Unsere Gesellschaft wird mit mehr Optimismus in die Zukunft blicken, wenn unsere Jugend bessere Aussichten für ihre Zukunft hat und ältere Menschen keine Unsicherheit befürchten müssen. Die Meinungs- und Pressefreiheit, die Gleichstellung der Geschlechter, das Versammlungsrecht, die Unabhängigkeit der Justiz, die Freiheit und Gleichheit der Wahl, Rechte Andersdenkender, der Schutz einer pluralen Zivilgesellschaft – all das wollen wir sichergestellt sehen. Es wird Zeit, dass Europa wehrhafter wird und nicht zaudert und zusieht, wie die Demokratie ihren Feinden auch noch die Mittel liefert, sie letztendlich abzuschaffen.

430 Für junge Menschen ist Europa kein fernes Projekt mehr, sondern eine Realität und ein Lebensgefühl: eine gemeinsame Währung, freies Reisen, Lernen, Studieren und Arbeiten, das Schließen von Freundschaften über alle Grenzen hinweg. Zu tausenden organisieren sie sich für ein starkes, demokratisches und solidarisches Europa. Die Europäische Union muss diesen Einsatz unterstützen und junge Menschen einbinden. Gemeinsam mit ihnen und für sie müssen wir alle zusammenstehen und die Demokratie in Europa verteidigen. Junge Europäerinnen und Europäer müssen ein Mitspracherecht haben und befähigt werden, ihre Zukunft zu gestalten und aktive Bürgerinnen und Bürger zu werden. Auch morgen sollen unsere Kinder in der Europäischen Union in der Gewissheit aufwachsen, in einer freien, gerechten und solidarischen Welt zu leben, in der sie selbstverständlich ihren ganz persönlichen Weg gehen können.

440 Zur Realität junger Europäerinnen und Europäer gehört auch: Nie war eine Generation besser ausgebildet als heute. Noch nie waren die Grundvoraussetzungen für ein gutes, selbstbestimmtes Leben so gut. Jedes Kind muss Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsfürsorge, Kinderbetreuung, Bildung, Wohnung und Ernährung haben. Und doch ist Jugendarbeitslosigkeit heute in vielen Mitgliedsstaaten weiterhin viel zu hoch. In Teilen Südeuropas ist das Ausmaß so verheerend, dass die Zukunftschancen einer ganzen Generation bedroht sind. Das Prinzip der Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten ist richtig. Aber wenn dieses Prinzip so ausgelegt wird, dass Millionen von jungen Menschen aufgrund einer globalen Finanzkrise und Misswirtschaft der Vorgängergeneration ihrer Perspektiven beraubt werden, mutiert das sinnvolle Prinzip der Eigenverantwortung zu einer unerträglichen Belastung für eine ganze Generation, die dem europäischen Geist ganz fundamental widerspricht. Deshalb muss Europa eine Antwort geben auf die Perspektivlosigkeit. Wenn für Banken in kurzer Zeit milliardenschwere Hilfsprogramme aufgelegt werden konnten, dann muss das auch für die Jugend Europas möglich sein.

Wir wollen eine europäische Identität fördern, die bei den Europäerinnen und Europäern stärker neben die Verbundenheit mit ihren Mitgliedsstaaten und Regionen treten soll. Dafür ist die gemeinsame Kultur ein wichtiger Motor. Wir wollen auch über Kultur, Bildung und den Austausch zwischen unseren Gesellschaften erreichen, dass die Bedeutung dieses einmaligen Projekts Europa für jeden Einzelnen und jede Einzelne deutlich spürbar, erlebbar und gestaltbar wird. Wir wollen ein Europa, das für die Bürgerinnen und Bürger da ist, das Freiraum, Kreativität und Ideen für alle ermöglicht. Deshalb können wir es nicht zulassen, dass in Europa Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Initiativen wie auch den Gestaltungsspielraum von Künstlerinnen und Künstlern systematisch einschränken. Demokratie kann ohne eine plurale, kreative und kritische Zivilgesellschaft nicht funktionieren.

1. Demokratie verteidigen und sichern

465 Die demokratischen Grundrechte gelten in ganz Europa. Kaum irgendwo sonst auf der Welt werden sie in einem vergleichbaren Ausmaß geschützt. Aber sie stehen zusehends unter Druck. Wir wollen sie verteidigen und für die Zukunft sichern.

Was wir machen:

470

- 475 • **Weniger Geld für Mitgliedsstaaten, die demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien missachten.** Europa muss seine Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besser schützen. Bestehende Verfahren gegen zuwiderhandelnde Mitgliedsstaaten funktionieren nur unzureichend. Deshalb unterstützen wir das Vorhaben der Europäischen Kommission für einen Mechanismus, der Mitgliedsstaaten bei Verstößen gegen rechtsstaatliche Standards die Zuwendungen aus dem EU-Haushalt spürbar kürzt. Dabei ist klar: Es werden die nationalen Regierungen sanktioniert und nicht die Empfängerinnen und Empfänger von EU-Geldern.
- 480 • **Fonds für europäische Grundwerte.** Wir brauchen auch Instrumente, mit denen wir unsere Wertegemeinschaft präventiv stärken können. Deshalb wollen wir im EU-Haushalt einen Fonds für europäische Grundwerte einrichten. Damit könnten Nichtregierungs- und zivilgesellschaftliche Organisationen überall dort direkt unterstützt werden, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besonders unter Druck stehen.
- 485 • **Grundwerteüberprüfung aller Mitgliedsstaaten und gezielte Förderung der Zivilgesellschaft.** Wir wollen, dass alle Mitgliedsstaaten einer regelmäßigen Prüfung der Lage der Rechtsstaatlichkeit unterzogen werden. In Mitgliedsstaaten, in denen festgestellt wird, dass demokratische Grundwerte nicht ausreichend geschützt und gefördert werden, sollen zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich dem demokratischen Dialog verschrieben haben, gezielt direkt unterstützt werden.
- 490 • **Jugendsolidarität in Europa.** Wir wollen das Europäische Solidaritätskorps als Nachfolgeprogramm des europäischen Freiwilligendienstes stärken und mehr jungen Menschen die Teilnahme an dem Programm ermöglichen.
- 495 • **Offene Grenzen reichen nicht aus. Die Bewegungsfreiheit junger Menschen muss konsequent, gezielt und sozial gerecht unterstützt werden.** Für einen besseren Austausch zwischen jungen Menschen müssen das Bildungs- und Jugendförderprogramm „Erasmus+“ und das Europäische Solidaritätskorps (früher europäischer Freiwilligendienst) bedarfsgerecht ausgestattet sein und strukturell ausgebaut werden.
- 500 • **Europäischer Freiwilligendienst für Seniorinnen und Senioren.** Mit dem neuen Programm „Europa weit 60plus“ können sich Menschen im besten Alter in Europa engagieren, Sprachkenntnisse verfestigen und ihren reichen Expertisen- und Erfahrungsschatz einbringen. Davon können alle profitieren.
- 505 • **Um unsere Freiheit und unsere Demokratie zu sichern,** ist eine engere Kooperation der Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene dringend notwendig. Die Innen- und Sicherheitspolitik müssen wir noch stärker europäisch denken. Ob Terrorismus, Cybercrime oder Einbrüche – die Kriminalität endet nicht an den nationalen Grenzen. Um die Menschen besser schützen zu können, müssen wir daher Strukturen und den gemeinsamen Austausch verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr nationale Kompetenzen auf das Europäische Zentrum für Terrorismusbekämpfung (ECTC) übertragen werden. Außerdem brauchen wir eine europäische Strategie für Cybersicherheit, die die Fragmentierung in diesem Bereich verringert und Sicherheitsstandards verbessert. Für den Fall, dass sich nicht alle Mitgliedsstaaten hieran beteiligen können oder wollen, werden wir die Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit nutzen.
- 510 • **Keine Grenzkontrollen innerhalb der EU.** Die Grenzkontrollen innerhalb der EU sollen an den Binnengrenzen des Schengenraums schnellstmöglich eingestellt werden. Damit einhergehen muss ein verlässlicher Schutz der Außengrenzen der EU, der das Gebot der Nichtzurückweisung für Schutzsuchende gewährleistet.
- 515 • **Mehr Begegnungen schaffen durch Förderung von Städtepartnerschaften.** Die völkerverständigende Kraft von kommunaler Partnerschaftsarbeit ist historisch. Wir wollen sie finanziell besser unterstützen, damit es sich nicht nur reiche Kommunen leisten können, ihre Partnerschaften zu pflegen.
- 520 • **Minderheiten schützen.** Wir setzen uns gemäß Art. 21 und Art. 22 der Charta der Grundrechte der EU für den Schutz der nationalen Minderheiten in Deutschland und Europa ein und unterstützen Maßnahmen zum Erhalt ihres kulturellen Erbes. Der Ausschuss der Regionen dient dabei als ein wichtiges Sprachrohr regionaler und lokaler Gebietskörperschaften in der EU und bei der Bewertung der Umsetzung der Rechtsvorschriften der EU.
- **Die öffentlich-rechtlichen Medien stärken.** Sie sind der Garant für freie Meinungsbildung und -vielfalt. Sie gewährleisten Unabhängigkeit und den Schutz von Minderheiteninteressen. Regierungen

525 dürfen keinen Einfluss auf die Berichterstattung öffentlich-rechtlicher Medien oder Druck auf Journalistinnen und Journalisten ausüben. Wir wollen öffentlich-rechtliche Medien stärken, Medienkonzentrationen und monopole verhindern und unabhängige Berichterstattung als unverzichtbares demokratisches Element gewährleisten.

2. Perspektiven schaffen, Austausch fördern und Jugendarbeitslosigkeit beenden

530 Wir wollen jungen Menschen ein wichtiges Signal geben, um das Vertrauen in ihr Europa zu stärken. Dafür starten wir einen europäischen Jugendplan: Es geht um die Jugendgarantie für berufliche Zukunftschancen. Dabei steht die Bekämpfung der viel zu hohen Jugendarbeitslosigkeit im Zentrum unserer Bemühungen. Es geht darum, den Austausch mit anderen jungen Europäerinnen und Europäern zu fördern – für alle, nicht nur für Studierende. Schließlich geht es uns darum, der Jugend Europas den freien Zugang zu einer gemeinsamen Kultur zu ermöglichen. Auch für ältere Bürgerinnen und Bürger schaffen wir ein Angebot, denn Europa soll für alle Generationen erlebbar sein.

Was wir machen:

- 540 • Ein **Sofortprogramm, das jeder und jedem unter 25 Jahren einen Ausbildungsplatz garantiert** und damit eine berufliche Perspektive eröffnet. Hierfür werden wir die Mittel für die Jugendgarantie deutlich aufstocken. Nur so kann das europäische Versprechen gehalten werden, allen jungen Menschen unter 25 Jahren in vier Monaten konkrete Angebote für eine sichere berufliche Zukunft zu machen, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben.
- 545 • **Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit sollen bis zum 30. Lebensjahr ermöglicht werden.** Wir wollen, dass noch mehr junge Menschen in den Kreis derer aufgenommen werden, die ein Anrecht auf Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit haben.
- Einführung eines **europäischen Korridors für eine Mindestausbildungsvergütung.** Bezugspunkt sind vor allem die Lebenshaltungskosten in den jeweiligen Mitgliedsstaaten.
- 550 • **Die duale Ausbildung auch in Europa stärken.** Dafür ist eine Verständigung über Mindeststandards für eine moderne Berufsausbildung notwendig. Diese beinhalten die Ausbildungsdauer für das Erlernen eines Berufs, die Art und Weise der Kooperation unterschiedlicher Lernorte wie Betrieb und Berufsschule und einen abgesicherten rechtlichen Status der Auszubildenden.
- 555 • **Bildungsabschlüsse europaweit besser anerkennen.** Junge Europäerinnen und Europäer sollen in der ganzen Europäischen Union ihren Weg gehen können. Wir wollen, dass Bildungsabschlüsse und weitere nachweisbare Qualifikationen in allen Mitgliedsstaaten selbstverständlich und unbürokratisch gegenseitig formal anerkannt werden. Trotz aller Verbesserungen bestehen immer noch Schwierigkeiten, die Unsicherheit und ungerechtfertigte Mobilitätshindernisse bedeuten. Deshalb ist unser Ziel eine standardmäßige automatische Anerkennung von Qualifikationen.
- 560 • **Ein einheitlicher europäischer Studienausweis.** Für Studierende, die in unterschiedlichen Mitgliedsstaaten studieren wollen, beseitigen wir damit bürokratische Hindernisse und ersparen ihnen aufreibende Behördengänge. Zudem wollen wir ein starkes Gemeinschaftsgefühl der Studierenden in Europa fördern.
- 565 • **Erasmus für alle!** Wir wollen, dass mehr junge Menschen die Möglichkeit bekommen, durch Austauschprogramme den Alltag in einem anderen europäischen Land kennen zu lernen. Alle jungen Europäerinnen und Europäer sollen eine Fördermöglichkeit bekommen. Dafür wollen wir die Finanzmittel des erfolgreichen Programms „Erasmus+“ in der nächsten Förderperiode verdreifachen, das Programm stärker bewerben und es vor allem auch für Azubis und sozial benachteiligte junge Menschen öffnen. Zugleich werden die Möglichkeiten zum Schulaustausch und zum Austausch zwischen Jugendverbänden stärker unterstützt. Dabei soll Jugendlichen mit Behinderung der Zugang zu diesem Programm sowie dem Europäischen Solidaritätskorps besser ermöglicht werden.
- 570 • Wir wollen die **Bologna-Konferenz zu einer europäischen Hochschulkonferenz weiterentwickeln.** Diese soll konkrete Maßnahmen vereinbaren, um im europäischen Hochschulraum die Wissenschaftsfreiheit zu sichern, Bildungsteilhabe zu verwirklichen sowie mehr Mobilität, Austausch und Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Hierzu gehört in besonderem Maße der Einsatz für die Abschaffung von Studiengebühren im europäischen Hochschulraum.
- 575

- **Einführung eines „Jugendchecks“ auf europäischer Ebene.** Wir wollen ein Prüf- und Sensibilisierungsinstrument einführen, das die Auswirkungen geplanter Gesetzesvorhaben auf junge Menschen sichtbar macht. Bei allen Gestaltungsprozessen unserer Gesellschaft sind die Belange junger Menschen künftig obligatorisch zu berücksichtigen und mitzudenken.
- **Europäische Hochschulen schaffen.** Hochschulen sind bereits heute Begegnungsorte vieler Europäerinnen und Europäer. Wir wollen Hochschulen in ihrer internationalen Ausrichtung auch durch finanzielle Förderung in der Breite für grenzüberschreitende Lehre und Forschung stärker unterstützen.
- **Verbesserung der Mitbestimmung junger Menschen auf europäischer Ebene.** Europäische Politik darf nicht nur über oder für junge Menschen, sondern muss auch mit ihnen gemacht werden. Deswegen bauen wir die Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen im Rahmen des „strukturierten Dialogs“ und darüber hinaus aus.

3. Eine europäische Identität durch Kultur fördern

Europa ist für uns eine kulturelle Vielfalt. Die Kultur- und Medienförderung der Europäischen Union ergänzt die Kultur- und Medienpolitik der Mitgliedsstaaten. Sie fördert ihre kulturelle Vielfalt und vermittelt zugleich den Wert einer europäischen Identität. Wir wollen die europäische Kulturpolitik insbesondere dahingehend weiter stärken, dass sie die kulturelle Vielfalt für möglichst viele Bürgerinnen und Bürger erlebbar und erfahrbar macht.

Was wir machen:

- **Ein europäischer Kulturscheck für Jugendliche:** Wir wollen, dass junge Menschen kritisch Denken und ihre eigenen Ideen entwickeln. Der Zugang zu Kultur hilft, unabhängig und kreativ denken zu können. Deshalb wollen wir vor allem für sozial benachteiligte Jugendliche mit einem Gutscheinsystem den Zugang zu Kultureinrichtungen erleichtern.
- Mit der **Fortsetzung des erfolgreichen Programms „Kreatives Europa“ bis 2027** möchten wir die grenzüberschreitende europäische Kultur weiter fördern. Wir setzen uns daher für die Verdopplung der Projektmittel ein. Nicht zuletzt wollen wir den Kulturanteil im EU-Haushalt insgesamt deutlich steigern.
- **Soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern in ganz Europa:** Nach dem Vorbild der deutschen Künstlersozialkasse sollen Mindeststandards für ein Unterstützungssystem vereinbart werden, um Armut und prekäre Lebensverhältnisse im Alter für Künstlerinnen und Künstler zu verhindern.
- **Die Buchpreisbindung schützen – sie ist nicht verhandelbar.** Sie ist in vielen Mitgliedsstaaten die Gewähr für ein vielfältiges Literaturprogramm, das nicht auf Bestseller verkürzt wird. Sie sichert qualitativen Wettbewerb zwischen kleinen Buchläden auch auf dem Land und monopolistischen Verkaufsplattformen im Internet.
- **Schutz und Erhalt der kulturellen Identität sowie des kulturellen Erbes und eine aktive Geschichtspolitik.** Hierzu starten wir eine europäische Strategie auch mit Blick auf die Brüche in der Geschichte Europas und zur Aufarbeitung europäischer Kolonialgeschichte, um sie zu vermitteln und für die Zukunft daraus zu lernen.
- **Das Goethe-Institut soll sich gegenüber europäischen Partnern und der Zivilgesellschaft weiter strukturell öffnen und neue Knotenpunkte gemeinsam mit Institutionen der Gastländer aufbauen.** Auch mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 setzen wir auf den Beitrag von Kultur und Bildung.

V. Weiter Vorwärts mit der Gleichstellung

Mädchen und Frauen müssen selbst über ihren Lebensweg bestimmen können – frei von Gewalt, Sexismus und Diskriminierung. Lange Zeit hat Europa das Tempo für die Gleichstellung von Frauen vorgegeben. Heute formieren sich in vielen Mitgliedsstaaten konservative und rechtspopulistische Kräfte gegen eine fortschrittliche Gleichstellungspolitik und Frauenrechte. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass es keine Rolle rückwärts gibt und dass es mit der Gleichstellungspolitik weiter vorwärts geht. Hierfür muss Gleichstellung wieder eine strategische Priorität in Europa werden. Daher fordern wir eine Fortsetzung der 2015 ausgelaufenen Gleichstellungsstrategie. Dazu gehören nicht nur spezifische Ziele, Maßnahmen

630 und Sanktionen, sondern auch die konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender
Budgeting in allen Bereichen. Wir streben die Aufwertung des derzeit nur beratenden Gleichstellungsaus-
schusses im Europäischen Parlament an. Durch etablierte und formelle Strukturen kann die Gleichstel-
lungspolitik europaweit ins Zentrum geholt werden. Wir werden die deutsche EU-Ratspräsidentschaft
635 dazu nutzen, die EU-Gleichstellungspolitik deutlich voranzubringen. Denn unser Ziel bleibt eine aktive
Gleichstellungspolitik, die Wahrung der Frauenrechte und die Beseitigung struktureller Diskriminie-
rung. Jede Frau hat ein Anrecht auf gesundheitliche Vorsorge, medizinische Information und sexuelle Auf-
klärung, auf Zugang zu Verhütung und auf eine gute, zeitgemäße medizinische Versorgung rund um
Schwangerschaft und Geburt. Keine Frau darf gezwungen werden, gegen ihren Willen ein Kind auszutra-
gen. Die Gleichstellung gehört zu den Grundwerten der Europäischen Union und zum Grundpfeiler der
640 europäischen Identität.

Das Gleiche gilt für die Rechte und die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen,
Intersexuellen und queeren Personen. Auch hier sind gesellschaftliche Errungenschaften des Respekts,
der Anerkennung und der Gleichstellung in Gefahr. Für uns sind die Freiheit der sexuellen Orientierung,
645 die geschlechtliche Selbstbestimmung und der Schutz vor Diskriminierung universelle Menschenrechte,
die überall in Europa nicht nur auf dem Papier, sondern in der politischen und gesellschaftlichen Praxis
gewahrt sein müssen. Niemand darf vorschreiben, wie ein Mensch zu sein und auszusehen hat oder mit
wem jemand in Partnerschaft zusammenleben will.

650 **1. Lohnlücke und Rentenlücke schließen**

Frauen müssen endlich den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit wie ihre männlichen Kol-
legen bekommen. Sie haben ein Recht auf die gleiche soziale Sicherheit. Auch muss die partnerschaftliche
Vereinbarkeit von Familie und Beruf im 21. Jahrhundert in Europa eine Selbstverständlichkeit sein. Doch
Frauen verdienen derzeit europaweit im Durchschnitt 16 Prozent weniger als Männer. Auch die Altersar-
655 mut ist weiblich: Frauen bekommen in Europa 37 Prozent weniger Rente als Männer. Diese Lücken zwi-
schen Frauen und Männern müssen geschlossen werden. Eine faire und partnerschaftliche Aufteilung von
Betreuungs-, Pflege- und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen muss selbstverständlich sein.

Was wir machen:

- 660 • Das Prinzip des **gleichen Lohns für die gleiche und gleichwertige Arbeit** muss auch zwischen den Ge-
schlechtern gelten.
- Wir wollen die **Lohn- und Rentenlücke** zwischen Frauen und Männern schließen – durch Vereinba-
rung verbindlicher Ziele und ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz, das die Einhaltung überwacht
und Verstöße sanktioniert.
- 665 • Konsequente **Umsetzung der EU-Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Unser
Ziel bleibt der echte Mentalitätswechsel, damit auch Pflege-, Haus- und Betreuungsarbeit künftig
partnerschaftlich und gerechter aufgeteilt werden. Dies wird auch dazu beitragen, die bestehende
Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen, damit Frauen und Männer zu glei-
chen Teilen am Erwerbsleben teilhaben und in allen Bereichen vertreten sind.
- 670 • **Männern und Frauen muss es möglich sein, flexible Arbeitszeiten zu beantragen**, um auf Änderungen
in ihrer Lebenssituation zu reagieren.

2. Mehr Frauen in Führungspositionen

675 Frauen sind heute im Durchschnitt besser qualifiziert als Männer. Doch immer noch wird viel zu oft ver-
hindert, dass sie Führungs- und Leitungsverantwortung übernehmen können. Es ist nicht hinnehmbar,
dass sie nicht in gleichem Umfang wie ihre männlichen Kollegen in Leitungsfunktionen arbeiten. Es ist
nicht hinnehmbar, dass Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen und Institutionen
immer noch eine kleine Minderheit sind. Das werden wir ändern!

680 Was wir machen:

- **Beschluss einer EU-weiten Quote für Frauen in Aufsichtsräten**. Die hierzu 2012 vorgelegte Richtlinie
muss vom Europäischen Rat endlich verabschiedet werden.

- 685 • Mehr **Frauen im Europaparlament durch verbindliche „Reißverschlussysteme“** bei den nationalen Listenaufstellungen. Nur wenn Frauen mitentscheiden, können auch Entscheidungen getroffen werden, die Frauen und die Auswirkungen unterschiedlicher Politiken auf Frauen im Blick haben. Wir fordern daher die Mitgliedsstaaten und Unionsorgane auf, dem Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter Rechnung zu tragen und alle Parteien zu quotierten Wahllisten zu verpflichten – mit dem Ziel der Parität. Dies gilt auch für die von uns geforderten europäischen Wahllisten.
- 690 • Die **paritätische Besetzung der Europäischen Kommission – gleiche Anzahl von Kommissarinnen und Kommissaren**. Keine der Spitzenpositionen der EU darf davon ausgenommen sein: Frauen und Männer müssen in allen europäischen Institutionen und auf allen Hierarchiestufen gleichermaßen vertreten sein. Wir sehen hierbei alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen in der Pflicht.
- 695 • **Gleichstellung in der Wissenschaft**. Allein in Deutschland sind derzeit weniger als 25 Prozent der Professuren an Frauen vergeben. Um auch in der Wissenschaft eine paritätische Besetzung von Führungspositionen mit Frauen und Männern zu erreichen, werden wir neue EU-weite Förderprogramme schaffen, die insbesondere Frauen unterstützen sollen, die im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT-Bereich) forschen und lehren.

700 3. Mehr Respekt, Recht auf sexuelle Identität und Gleichberechtigung

Völlig egal, mit welcher sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität: Jeder Mensch hat das universelle Recht auf Respekt, Anerkennung und ein Leben ohne Diskriminierung und Gewalt. Die Gleichbehandlungsrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen und queeren Menschen (LSBTIQ) werden wir weiter stärken.

705 Was wir machen:

- Wir setzen uns ein für die Verabschiedung der europäischen Richtlinie von 2008, die Diskriminierung auch in den Bereichen Sozialschutz, Bildung sowie Zugang zu und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen verbietet, die **5. Antidiskriminierungsrichtlinie**.
- 710 • Eine **ehrgeizige EU Gesetzgebungsagenda, die gleiche Rechte und Chancen garantiert** und die LSBTIQ-Rechte in allen Bereichen schützt. Damit soll auch ein Gegengewicht gegen „Antipropaganda“-Gesetze in einzelnen Mitgliedsstaaten gesetzt werden, die Diskriminierung und Hass gegen LSBTIQ-Menschen befördern.
- **Strafverfolgungsbehörden müssen** überall in Europa **dafür sensibilisiert werden**, konsequenter gegen Gewalt gegen Frauen sowie gegen Gewalt aufgrund von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität vorzugehen.
- 715 • In allen Mitgliedsstaaten muss in Asylverfahren gelten: Diejenigen, die in Europa Schutz suchen, weil sie in ihrer Heimat aufgrund ihrer **sexueller Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden, müssen grundsätzlich als Asylbewerber und Asylbewerberinnen** anerkannt werden.
- 720 • **Geschlechtsanpassende Operationen sind in allen Mitgliedsstaaten anzuerkennen**. Der Zugang zu schnellen und transparenten Verfahren für die rechtliche Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit muss gewährleistet sein.
- **Wir verurteilen sogenannte Reparativtherapien oder Konversionstherapien von LSBTIQ-Personen**. Wir setzen uns dafür ein, dass europaweit sogenannte Konversionstherapien verboten werden. Homosexualität ist keine Krankheit. Die sogenannten Therapien fügen Menschen physisch und psychisch zum Teil enorme Schäden zu.
- 725

4. Gewalt gegen Frauen stoppen

730 Die Diskussionen über #Metoo haben das erschreckende Ausmaß von sexualisierter Gewalt sowie Übergriffen und Belästigungen gegenüber Frauen nicht nur in Europa öffentlich gemacht. Wir wollen mehr Schutz von Mädchen und Frauen. Deswegen brauchen wir in Europa eine gesellschaftliche Debatte über Geschlechterrollen und ihre Auswirkungen. Damit verbunden benötigen wir mehr Präventionsmaßnahmen und die konsequente Verfolgung aller Formen von Gewalt gegen Frauen sowie geschlechterbezogener Gewalt.

735 Was wir machen:

- Die **Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** und häuslicher Gewalt muss in allen Mitgliedsstaaten ratifiziert und konsequent angewendet werden.
- Eine verbindliche **Strategie samt EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** wird eingeführt. Wir machen uns für eine flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern in ganz Europa stark und vereinbaren Standards, die sie erfüllen müssen.
- Der Prozess der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für einen **verbindlichen Arbeits- und Sozialstandard „Gewalt gegen Frauen und Männer am Arbeitsplatz“** wird unterstützt.
- Verpflichtung der Europaabgeordneten, den **Kodex für angemessenes Verhalten** zum Schutz beispielsweise vor sexueller Belästigung zu unterzeichnen. Wer diesen Verhaltenskodex nicht unterzeichnet, kann von bestimmten Funktionen im Parlament ausgeschlossen werden.
- **Kampf gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel.** Wir wollen, dass Europa konsequenter gegen Schlepperbanden, Menschenhändlerinnen und Händler und Zwangsprostitution vorgeht. Es ist höchste Zeit für ein stärkeres europäisches Vorgehen für einen besseren Schutz von Frauen und Mädchen und die Eindämmung von Menschenhandel.
- **Frauen werden konsequent an Friedensprozessen beteiligt** und in Kriegs- und Krisenfällen auf nationaler und europäischer Ebene geschützt. Wie von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 beschlossen, müssen Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau einbezogen werden – nur so sind nachhaltige Lösungen erreichbar.

755 **VI. Für ein Europa des nachhaltigen Fortschritts und mehr Lebensqualität**

760 Europa hat den größten gemeinsamen Wirtschaftsraum der Welt geschaffen und erfolgreich eine gemeinsame Währung eingeführt. Unsere Wirtschaft in Deutschland ist stark, global wettbewerbsfähig und innovativ. Wir wollen für den ganzen Standort Europa eine starke Wirtschaft, die Digitalisierung als Chance begreift und aktiv gestaltet, die gute Arbeit schafft und faire Löhne zahlt, eine Wirtschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt und respektiert. Dabei zeigt sich, dass die auf Wettbewerb ausgerichteten ökonomischen Rahmenbedingungen zu tief in die Gesellschaft hineinreichen. In immer mehr Lebensbereichen diktiert der Markt die Regeln. Auch im Bereich unserer Daseinsvorsorge steht immer weniger der Mensch im Mittelpunkt, sondern immer mehr die Profitmaximierung. Gemeinsam können wir diese Entwicklung stoppen und umkehren. Wachstum darf nicht nur monetären Wohlstand bedeuten, sondern muss auch zu einem Mehr an Lebensqualität führen.

770 Das freie und offene Internet ist ein globales Freiheitsversprechen und der Zugang dazu ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Meinungsvielfalt, Innovationsfähigkeit und fairen Wettbewerb. Zugleich ist das Internet als die zentrale digitale Kommunikationsinfrastruktur Voraussetzung für eine demokratische Öffentlichkeit. Wie eigentlich nie zuvor steht aber genau dieses freie und offene Netz zunehmend unter Druck, auch in Europa. Offensichtlich geworden ist, dass es der politischen Gestaltung der „digitalen Gesellschaft“ bedarf und dass es rechtlich verbindliche Regelungen geben muss, um eine offene, freie und demokratische „digitale Gesellschaft“ zu schaffen. Das gilt auch für die Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte im weltweiten Netz. Das Recht auf Privatsphäre und die Kommunikationsfreiheiten müssen auch im digitalen Zeitalter durchgesetzt und Medien-, Meinungs- und Informationsfreiheiten sichergestellt werden. Es darf nicht sein, dass jedwede Kommunikation im Namen der Sicherheit oder auch zum Schutz der Urheberrechte anlasslos und ohne jede effektive demokratische und rechtsstaatliche Kontrolle analysiert und auf mögliche Rechtsverletzungen untersucht wird. Die SPD steht für ein offenes, freies und demokratisches Europa und für ein freies und offenes Netz und wird sich den von vielen Seiten geforderten Einschränkungen der Kommunikationsfreiheiten oder der Medien- und Meinungsfreiheit entschieden entgegenstellen.

785 Die Digitalisierung hat das Potential, unseren Alltag angenehmer zu machen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren und Arbeit selbstbestimmter zu gestalten. Körperlich schwere Arbeiten können an Roboter abgegeben, Krankheiten können durch künstliche Intelligenz früher und zuverlässiger erkannt, individu-

790 elle Bildung kann ermöglicht und ganz neue Mobilitätskonzepte können entwickelt werden. Die Entschei-
dungen darüber, wie wir zukünftig leben und arbeiten, dürfen wir aber nicht den Investorinnen und In-
vestoren aus dem Silicon Valley oder autoritären Staaten wie China überlassen. Demokratie und Selbst-
bestimmung in der „digitalen Gesellschaft“ können nur durch intelligente und konsequente Regulierung
und massive europäische Investitionen in Zukunftstechnologien gesichert werden. Wer die Grundrechte
der und des Einzelnen auch morgen schützen will, der muss heute die Digitalisierung gestalten.

795 In diesem Sinne muss der wissenschaftliche und technische Fortschritt ganz wesentlicher Bestandteil der
politischen Gestaltung unserer Zukunft sein. Diese Gestaltung muss zunehmend auf die europäische
Ebene gehoben werden, damit Europa global eine tragende Rolle übernehmen kann. Hierfür muss die
800 Zukunft des Internets demokratisch gestaltet werden. Es kann nicht sein, dass einige wenige privatwirt-
schaftliche und gewinnorientierte Digitalplattformen darüber bestimmen, wie die digitalen Räume im
Netz auszusehen haben. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Europa mit intelligenter Regulierung
eine Vorreiterrolle spielt, die dann eine gute Chance hat, die Basis für einen globalen Standard zu werden.
Spätestens der Datenskandal um Cambridge Analytica und Facebook hat uns vor Augen geführt, wie per-
805 sönliche Daten und unser Onlineverhalten für kommerzielle und politische Zwecke missbraucht werden
und wie selbst versucht wird, unser Wahlverhalten zu manipulieren. Jedes Surfverhalten wird minutiös
analysiert und jeder Schritt im Internet wird verfolgt. Multinationale Unternehmen sammeln innerhalb
von wenigen Sekunden eine Menge persönlicher Daten über uns. Ohne dass es im Alltag greifbar wird,
wissen sie manchmal mehr über uns als wir selbst. Gemeinsam können wir unsere Daten und auch uns
810 als Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor der Sammelwut und Marktmacht der großen Konzerne
schützen.

1. Wirtschaft der Zukunft gestalten

Wir brauchen ein handlungsfähiges Europa, das aktive Wirtschaftspolitik mit dem Anspruch einer demo-
815 kratischen, sozialen und ökologischen Steuerung betreibt. Die Herausforderungen der Digitalisierung, der
Dekarbonisierung, der Globalisierung und des demografischen Wandels dürfen nicht allein dem Markt
überlassen werden.

Was wir machen:

- 820 • **Wir legen verbindlich fest, was durch die freien Kräfte des Marktes zur Ware werden darf und was nicht.** Die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheit, öffentlicher Personennahverkehr, Pflege, öffentliche Infrastruktur (auch digitale Infrastruktur, Wasserversorgung und Wasserentsorgung) kann nicht dem Markt überlassen werden. Zudem lehnen wir die Liberalisierung weiterer Dienstleistungsmärkte und das damit verbundene Absenken von Beschäftigtenschutz- und Qualitätsstandards ab.
- 825 • Eine **aktive, strategische und nachhaltige Industriepolitik.** Wir wollen mehr gemeinsame industriepolitische Modellprojekte. Das Airbus-Konzept gilt uns als Referenz. Schwerpunkte können die Schaffung einer europäischen Batteriezellenfertigung und eine neue europäische Kooperation zur Weiterentwicklung der Wasserstofftechnologie für marktfähige Produktionsketten sein.
- 830 • Wir stärken die **Investitionen** vor allem in den Bereichen, die einen echten europäischen Mehrwert bringen, etwa im Bereich der Netzwerkindustrien.
- Wir schließen einen **Pakt zur Entwicklung der Industrie in wirtschaftlich schwachen Gebieten** insbesondere in Ost- und Südosteuropa nach dem Vorbild des Marshallplans.
- 835 • Europa muss treibende Kraft sein, da es gilt, die **Verflechtung des Welthandels sozial, ökologisch und transparent zu gestalten.** Dazu bedarf es verbindlicher Regelungen und einer Stärkung der Welthandelsorganisation (WTO). Europa soll weltweit ein Beispiel sein für freien und fairen Handel. Wir stellen auch sicher, dass Handelsbeziehungen die lokale Gestaltungsmacht nicht untergraben. Handelsstreitigkeiten müssen vor öffentlichen Gerichten oder internationalen Handelsgerichtshöfen geklärt werden und dürfen nicht von privaten Schiedsgerichten verhandelt werden.
- 840 • Firmen in Europa, die außerhalb der EU produzieren, sollen beim Import ihrer Produkte den Nachweis erbringen, dass sie die **Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)** eingehalten haben.

- Eine bessere und wirksamere Integration der Wirtschaftspolitik – perspektivisch mit der **Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euroraum** unter politischer Führung einer europäischen Wirtschafts- und Finanzministerin bzw. eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers. Diese Regierung soll über das Europäische Parlament legitimiert und kontrolliert werden. Ziel bleibt die Weiterentwicklung der Eurozone zu einer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Union.
- **Ein europäisches Konzept gegen den Fachkräftemangel.** Wir brauchen für Unternehmen wie für außereuropäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einheitliche und einfache Regelungen für legale Zuwanderung nach Europa. Das deutsche Fachkräfteeinwanderungsgesetz könnte hierfür als Vorlage dienen.

2. Digitalisierung für alle

Die SPD will, dass alle vom digitalen Wandel profitieren. Im Zentrum der Digitalisierung muss der Mensch stehen, das heißt die Bürgerinnen und Bürger Europas. Wir werden ihre Souveränität, Freiheit und Sicherheit schützen und stärken. Technologie ist nie Selbstzweck, sondern immer Instrument zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Was wir machen:

- **Daten für alle – digitale Monopole aufbrechen:** Google, Amazon und Facebook sind zu Datenmonopolisten mit unglaublicher Macht geworden. Wir werden den offenen Zugang zur Nutzung von vollständig anonymisierten und nicht personenbezogenen Daten in Europa sicherstellen und verhindern, dass Datenschätze weiterhin von einigen Monopolkonzernen exklusiv verwertet werden. Dafür verpflichten wir sie, ihre vollständig anonymisierten und nicht personenbezogenen Daten zu teilen und öffentlich zugänglich zu machen. Zudem werden wir Anreize für gemeinsame Datenpools schaffen, die es Unternehmen ermöglichen, auf freiwilliger Basis Daten zu teilen.
- **Offene Schnittstellen bei Bezahlfunktionen oder Sprachsteuerung von Zusatzgeräten.** Die digitalen Großkonzerne haben eigene Bezahl- und Sprachsteuerungssysteme geschaffen. Diese müssen offen sein für andere europäische Dienstleister, um den Marktzugang zu erleichtern und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.
- **Sicherheitsupdates für mobile Endgeräte gewährleisten.** Hersteller von Mobiltelefonen, Tablets und ähnlichen mobilen Endgeräten wollen wir verpflichten, für den Zeitraum von mindestens vier Jahren ab Verkaufsstart Sicherheitsupdates für das Betriebssystem der gekauften Geräte kostenlos anzubieten.
- **Zugang zu schnellem Internet und Mobilfunk schaffen.** Wir wollen schnelles Internet und flächendeckenden Mobilfunk für alle Bürgerinnen und Bürger, gerade auch in ländlichen Regionen. Die Versorgung gehört zur Daseinsvorsorge und muss daher in der Fläche zu 100 Prozent sichergestellt werden. Die Investitionen müssen aus der Privatwirtschaft kommen – dafür schaffen wir entsprechende Investitionsanreize.
- **IT-Sicherheit verbessern:** Die Verletzlichkeit der „digitalen Gesellschaft“ ist groß. Wir werden Haftungsregeln für die Hersteller vernetzter Produkte definieren, gesetzliche Standards verbessern und die Unabhängigkeit der Behörden zum Schutz der IT-Sicherheit stärken. Zudem wollen wir eine europaweite einheitliche Kennzeichnung einführen, die auf die Netzwerkfähigkeit technischer Geräte hinweist, die auf dem europäischen Markt verkauft werden. Schwachstellen beim Schutz der europäischen Industrie werden wir schließen und Cyberwaffen weltweit ächten.
- **Gemeinwohlorientierte Digitalisierungsförderung.** In der „digitalen Gesellschaft“ müssen zivilgesellschaftliche Stimmen die gleiche Geltung haben wie Stimmen der Wirtschaft. Um das zu gewährleisten, schaffen wir eine europäische Einrichtung, die technologische Lösungen zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme mit allen Akteuren organisiert.
- **Wir wollen prüfen, ob es möglich ist, europäische Alternativen zu den derzeit dominierenden Plattformunternehmen aufzubauen.** Das übergreifende Ziel zur Stärkung von Demokratie sowie Meinungsfreiheit und -vielfalt könnte eine neue digitale Infrastruktur für Europa sein: transnationale Plattformen mit Angeboten für die europäische Öffentlichkeit.

3. Europa zur führenden Innovationsregion der Welt machen

895 Europa muss in Forschung und Wissenschaft unabhängig sein von Drittländern und Großunternehmen mit forschungspolitisch relevanter Monopolstellung. Das gilt besonders für die Herausforderung der Digitalisierung. Und Europa muss stark darin werden, neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung gemeinsam ebenso verantwortlich wie zielgerichtet und zügig in soziale, kulturelle und ökonomische Innovationen umzusetzen.

900

Was wir machen:

- Aufbau und Ausbau des **Europäischen Innovationsrates (EIC) zur Förderung bahnbrechender (disruptiver) Ideen und Konzepte**. Dabei muss die europäische Innovationsförderung den sozialen sowie den gesamtgesellschaftlichen Einfluss neuer Produkte, Dienstleistungen und Erkenntnisse berücksichtigen.
- **Europas Spitzenposition in der Forschung ausbauen**. Wir wollen, dass alle EU-Mitgliedsstaaten das Ziel erreichen, bis 2025 3 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Forschung und Entwicklung zu investieren. Dazu sollen die Mitgliedsstaaten auf europäischer Ebene zusammen mit der Europäischen Union zu verbindlichen Verabredungen kommen. Unser Ziel ist es, allein in Deutschland bis 2025 einen Anteil von 3,5 Prozent am BIP zu erreichen. Gleichzeitig wollen wir die europäischen Forschungsrahmenprogramme stärken.
- Stärkere **Zusammenarbeit der europäischen Forschung im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI)** und systematische Förderung von Anwendungen, die den Menschen im Arbeitsprozess aufwerten.
- **Aufbau europäischer Cloudanbieter**, die die Datensouveränität europäischer Bürgerinnen und Bürger sowie der europäischen Unternehmen sicherstellen und den hohen europäischen Datenschutzbestimmungen genügen.
- **Förderung von europäischen Datenpools** an, die es europäischen kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren ermöglichen, Technologien wie maschinelles Lernen und Big Data Analytics für sich zu nutzen.
- **Europäische Cloud für offene Wissenschaft, Zivilgesellschaft sowie Forschung und Entwicklung der Wirtschaft**. Angesichts neuer Herausforderungen in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft wollen wir eine europäische Cloud aufbauen, in der Forschungsergebnisse, Forschungsdaten und Dateninfrastruktur frei zugänglich gemacht werden. Das ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Nutzung von maschinellem Lernen und Big Data Analytics.
- **Europa zur führenden Innovationsregion bei der Erschließung von Potentialen der Meere und Küsten für Wachstum und Beschäftigung machen**. Wir wollen die Meeresbiotechnologie weiterentwickeln und marine Organismen für neue, nachhaltige Produkte nutzen.
- **Mehr geistes- und sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung**. Sie ist unabdingbar für die Reflexion eines gemeinsamen europäischen gesellschaftlichen Raums. Bisher stagniert das vergleichsweise niedrige Budget für die Grundlagenforschung im neuen Förderprogramm „Horizon Europe“.

920

925

930

4. Datenschutz und Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken

935 Der Schutz von Nutzerinnen und Nutzern, Verbraucherinnen und Verbrauchern muss auch unter den Bedingungen der Digitalisierung weiter gestärkt werden. Eine europäische Regulierung von Medienplattformen und Informationsintermediären zählt hierzu. Bei der Entwicklung und beim Einsatz von Algorithmen werden wir uns für internationale Ethikstandards einsetzen.

Was wir machen:

- **Vorrang für die Privatsphäre der digitalen Welt – Schutz des „digitalen Briefgeheimnisses“**. Wer im Internet unterwegs ist, soll besser vor unerwünschter Werbung und Nachspionieren („Tracking“) geschützt werden. Die Vertraulichkeit unserer elektronischen Kommunikation werden wir zudem besser schützen. Dafür überwinden wir die konservativen Widerstände gegen die E-Privacy-Verordnung, sodass der Rat der Ministerinnen und Minister endlich über die Verordnung entscheiden kann, und werden uns gegen Vorschläge stellen, E-Mails und Messengernachrichten verdachtslos und flächendeckend auf unzulässige Inhalte durchsuchen zu lassen – etwa zum Auffinden potentiell strafbarer Inhalte.

945

- 950 • **Alltagsgeschäfte auch online anonym bezahlen.** Über die bargeldlose Bezahlung ist das Erstellen von persönlichen Profilen möglich. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen in der Lage sein, bei Alltagsgeschäften online anonym zu bezahlen – in dem Rahmen, in dem dies auch bei Bargeldzahlungen möglich ist.
- 955 • **Pflicht zur Transparenz für Onlinemarktplätze.** Sie sollen deutlich sichtbar machen, welche Kriterien für die Sortierung von Suchergebnissen zugrunde gelegt werden, insbesondere auch darüber, ob Provisionen fließen. „Bezahlte Platzierungen“ müssen klar als solche erkennbar sein.
- 960 • **Diskriminierung und Entsolidarisierung durch Algorithmen und „Social Scoring“ verhindern.** Wir wollen weiterhin in einer solidarischen Gesellschaft leben und „Social Scoring“ abwehren. Deshalb werden wir die Gefahren von auf Algorithmen basierenden Entscheidungen und Scoring für Individuen und die Gesellschaft eindämmen, Nachvollziehbarkeit und Transparenz für Verbraucher sicherstellen und unabhängige staatlich legitimierte Kontrollinstitutionen einführen. Differenzierung darf nicht zu Diskriminierung führen – deshalb wollen wir individualisierte Preise und verhaltensabhängige Versicherungstarife gesetzlich beschränken.
- 965 • **Verbraucherinnen und Verbraucher gegen aggressive Werbung und Irreführung stärken.** Wir wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ein Recht auf Schadensersatz und auf Vertragsauflösung gegenüber Unternehmen bekommen, die mit unlauteren Methoden Werbung betreiben.
- 970 • **Gemeinsam Recht bekommen.** Wir wollen die Durchsetzung von Ansprüchen auf Schadensersatz, Minderung oder anderen Gewährleistungsrechten weiter stärken. Dafür soll Europa die Mitgliedsstaaten dabei unterstützen, kollektive Folgenbeseitigungsklagen oder behördliche Folgenbeseitigungsverfügungen einzuführen.
- 975 • **Bußgelder mit Abschreckungswirkung bei Verstößen gegen Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern.** Strafen gegen Konzerne wegen der Verletzung der Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern sind heute oft nicht wirksam. Deshalb soll zukünftig neben der Schwere des Verstoßes auch der Umsatz eines Unternehmens für die Höhe eines Bußgeldes eine Rolle spielen.
- 980 • **Anreize schaffen für sichere Software und IT-Sicherheit.** Wir wollen ökonomische Anreize für die Herstellung von digitalen Gütern und Dienstleistungen schaffen. Es muss zudem sichergestellt werden, dass erkannte Fehler und Schwachstellen beseitigt werden.
- **Haftung der Herstellerinnen und Hersteller auch für Programmierfehler und bei unzureichenden Verschlüsselungen.** Die Produkt- und Herstellerhaftung passen wir so an, dass auch Schäden aufgrund von Programmierfehlern, unzureichenden Verschlüsselungen oder mangelnder IT-Sicherheit wie Schäden aufgrund von Produktionsfehlern behandelt werden. Es muss zudem sichergestellt werden, dass erkannte Fehler und Schwachstellen beseitigt werden.

VII. Umwelt schützen und Mobilität fördern

985 Eine der größten Herausforderungen und auch Verantwortungen für Europa liegt im Klimaschutz. Die Industrialisierung hat unserem Kontinent Wohlstand und Fortschritt gebracht. Sie hat aber auch maßgeblich die Klimaerwärmung verursacht. Ein Prozess, der bis heute mit global katastrophalen Folgen andauert: Lebensräume werden zerstört, für viele Menschen wird der Klimawandel zur Fluchtursache. Auch für die Tier- und Pflanzenwelt ist die Bedrohung enorm. Unmissverständlich hat der Hitzesommer 2018 gezeigt: Der Klimawandel findet auch bei uns statt, nicht nur woanders. Wir sind die einzige Generation, die die Folgen des Klimawandels erkennt und womöglich noch ein kleines Zeitfenster hat, ihn einzudämmen. Gemeinsam müssen wir diese letzte Chance für die Welt und Europa nutzen.

995 Das bedeutet vor allen, dass wir unsere Energiewende fortsetzen müssen. Das gilt für Elektrizität ebenso wie für Wärme und Kälte sowie den Mobilitätssektor. Wir sind mit unserer modernen Industrie zwingend auf eine stabile und sichere Versorgung angewiesen. Gleichzeitig muss der Ausstoß von klimaverändernden Schadstoffen umgehend drastisch reduziert werden. Der von uns in Deutschland initiierte Ausstieg aus der Braunkohle war deshalb ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es ist eine große Verantwortung, den davon betroffenen hart arbeitenden Kolleginnen und Kollegen in den Kohlerevieren jetzt eine sichere Existenz zu geben – für sie persönlich und ihre Familien. Das Gleiche gilt für die betroffene

1000

nen Unternehmen und Regionen. Wir können gemeinsam beweisen, dass die Gewährleistung der Energiesicherheit für einen industriellen Hightechstandort und der Verzicht auf klimaschädliche Gase gleichzeitig möglich sind. Wir eröffnen der europäischen Wirtschaft damit Chancen, eine Innovationskraft zu entwickeln, die sie auch auf Jahrzehnte hinaus auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig halten wird und ihr erlaubt, eine Technologieführerschaft in der Energiewelt von morgen zu übernehmen.

Damit verbunden ist die Zukunft der Mobilität in Europa. Ohne Mobilität ist die Teilhabe an der Gesellschaft nicht möglich. Mobilität gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Sie ist deshalb auch ein Teil der Daseinsvorsorge. Dabei steigt das Verkehrsaufkommen in Europa stetig. Immer mehr Menschen fahren zu ihrem Arbeitsplatz, immer mehr Pakete werden ausgeliefert, immer mehr Kinder werden zur Schule gefahren. Schon jetzt sind die Folgen ständiger Stau und Verkehrslärm, eine zu hohe Luftverschmutzung und letztendlich Klimabelastung. Gemeinsam können wir für eine moderne Mobilitätspolitik sorgen, die sozialen, ökonomischen und ökologischen Ansprüchen und Ansprüchen an Barrierefreiheit gerecht wird.

Wir wollen frische Luft, fruchtbare Böden, sauberes Wasser, eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt sowie gesunde Lebensmittel – und zwar für die heutige wie für alle zukünftigen Generationen. Das ist das Ziel unserer Umweltpolitik. Für ein sozialeres Europa spielt Umweltgerechtigkeit gerade im Hinblick auf die zunehmende soziale Polarisierung eine entscheidende Rolle: Die Erfolge im Umweltschutz müssen allen Menschen zugutekommen. Die Sozialverträglichkeit der für den Schutz unserer Umwelt notwendigen Strukturveränderungen ist unser Ziel. Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen dadurch nicht einseitig belastet werden. Umweltgerechtigkeit heißt demnach auch, dass ökonomischer Raubbau auf Kosten der Umwelt und damit auf Kosten der Allgemeinheit nicht mehr möglich ist. Dabei spielt die Zukunft der Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass der Umweltschutz verbessert und die Versorgung mit nachhaltigen Lebensmitteln gesichert wird.

1. Klima schützen und erneuerbare Energien ausbauen

Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. Den damit verbundenen Strukturwandel wollen wir im Interesse der Beschäftigten gerecht gestalten. Wir wollen dafür Europas Industrie möglichst klimaneutral und gleichzeitig wettbewerbsfähig ausgestalten und die europäische Energieversorgung CO₂-neutral und bezahlbar sicherstellen. Damit setzen wir weltweit neue Standards für Umwelt- und Klimaschutz.

Jugendliche gehen derzeit auf die Straße, weil sie sich Sorgen um die Zukunft des Planeten und damit um ihre eigene Zukunft machen (Fridays for Future). Wir treten für die Einbeziehung Jugendlicher und ihrer Interessenvertretungen und Gruppen bei Diskussionen und Entscheidungsprozessen zum Thema Umwelt und Klimawandel ein.

Was wir machen:

- **Stärkere Anstrengungen gegen die Klimaerwärmung:** Um das Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990) sowie das langfristige Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050.
- Wir wollen **ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes** hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. Dazu gehört, das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, aber auch die Einführung eines CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht in den Emissionshandel einbezogen sind.
- **Die Forschung für Klimaneutralität massiv ausbauen.** Die europäische Forschungsförderung werden wir darauf ausrichten, Innovationen zur Umstellung unserer Wirtschaft auf Klimaneutralität und zur Klimaanpassung zu entwickeln. Daneben wird auch die Forschung zu den sozialen Folgen des Klimawandels, der Klimaanpassung und der ökologischen Transformation unserer Gesellschaft gefördert.

- 1055 • **Energieeffizienz fördern. Wir unterstützen das Ziel von 32,5 Prozent Energieeffizienz bis zum Jahr 2030 in der EU.** Investitionen in Energieeffizienz sind der wirtschaftlichste Weg für die europäische Energiewende und unterstützen das Ausbauziel für erneuerbare Energien konsequent. Das heißt für uns verstärkte Anstrengungen beim Gebäudebestand, bei der Sektorkopplung, bei Speichertechnologien oder zum Beispiel bei der Nutzung industrieller Abwärme.
- 1060 • **Den europäischen Energiebinnenmarkt durch Ausbau von Infrastruktur und Energiespeichern stärken.** Er fördert die Versorgungssicherheit beim Ausbau erneuerbarer Energien. Das Ziel müssen weiterhin einheitliche Preiszonen für Strom und Gas in ganz Europa sein.
- **Wir setzen uns für einen Fahrplan zum europäischen Atomausstieg ein.**
- 1065 • **Einen Fonds für faire Transformation auflegen.** Wirtschaftszweige, in denen die Beschäftigten, Unternehmen und ganze Regionen vor einem tiefgreifenden Strukturwandel stehen, müssen europaweit gezielt durch industrie- und sozialpolitische Investitionen unterstützt werden. Ein Transformationsfonds soll strategische Investitionen zur Dekarbonisierung industrieller Wertschöpfungsketten forcieren, hochwertige Beschäftigung sichern und neue wirtschaftliche Chancen eröffnen.
- Finanzinstitute sollen in ihr **Risikomanagement** Umwelt- und Nachhaltigkeitsbelange wie auch Klimarisiken integrieren.
- 1070 • **„Wohlstandsmüll“ nicht nachfolgenden Generationen hinterlassen.** Abfalltransporte in Länder ohne ausreichende Recyclingkapazitäten lehnen wir ab. Stattdessen stärken wir Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling. Wir suchen neue Einsatzmöglichkeiten für Recyclingmaterialien und wollen die Nachfrage nach Kunststoffrezyklaten steigern. Bis 2030 müssen alle Kunststoffverpackungen wiederverwendbar oder recycelbar sein.
- 1075 • **Engagiertes Vorgehen gegen überflüssiges Plastik und die Vermüllung der Ozeane.** Hier verfolgen wir das Ziel einer 50-prozentigen Reduzierung der Plastikmüllinträge bis zum Jahr 2030. Um dies zu erreichen, müssen wir Entwicklungs- und Schwellenländer mit Konzepten zur Abfallvermeidung unterstützen. Für uns in Europa fordern wir Mehrwegsysteme, ein Verbot bestimmter Einwegplastikartikel, eine Kostenbeteiligung von Herstellern sowie Vorgaben zur abfallvermeidenden und recyclingfreundlichen Produktgestaltung. In diesem Sinne werden wir eine Ökodesignrichtlinie und die EU-Plastikstrategie entwickeln.
- 1080

2. Die Zukunft der Mobilität europäisch regeln

1085 Mobilität und Verkehr sind für die Teilhabe an der Gesellschaft unabdingbar. Europa ist als bedeutender Wirtschafts- und Industriestandort auf leistungsfähige Verkehrswege und intelligente Mobilitäts- und Logistikkonzepte angewiesen. Für uns muss eine moderne Mobilitätspolitik sozialen, ökonomischen und ökologischen Ansprüchen gerecht werden. Der Markt ist allein nicht in der Lage, eine gute und ökologisch nachhaltige Verkehrsinfrastruktur sicherzustellen.

1090 Was wir machen:

- 1095 • **Europäische Verkehrsachsen stärken und ausbauen.** Die Straßen und die Schienenwege müssen überall in der EU verbessert werden. Zudem ist der Bau von zusätzlichen grenzüberschreitenden Trassen notwendig, damit Europa auch auf der Schiene weiter zusammenwachsen kann. Das gilt auch für strategische Investitionen in die Zwischenverbindungen (sogenannte Bypassverbindungen), um Hauptachsen zu entlasten. Und ebenso gilt dies für den Ausbau von grenzüberschreitenden Verbindungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wie etwa dem Schienenregionalverkehr.
- Wir wollen die **Gleichberechtigung von Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV, neuen Mobilitätsangeboten und motorisiertem Individualverkehr.** Den Nachholbedarf in der Entwicklung der Infrastruktur für den ÖPNV sowie für den Fuß- und Radverkehr wollen wir schrittweise beseitigen.
- 1100 • **Förderung von Konzepten für saubere urbane Mobilität.** Der Individualverkehr darf nicht weiter der alleinige Maßstab für die Mobilität darstellen. In Europa gibt es viele vorbildliche Städte, in denen es einen kostenlosen bzw. deutlich kostengünstigeren, inklusiv und ökologisch orientierten Nahverkehr gibt. Auch der europäische Güterverkehr muss insgesamt klimafreundlicher werden. Der bisher dominante Transportweg Straße muss stärker als bisher von nachhaltigeren Alternativen auf der
- 1105 Schiene und einer möglichst emissionsfreien Schifffahrt flankiert werden.

- 1110 • **Eine Verkehrswende einleiten.** Neben ambitionierten Grenzwerten wollen wir eine verstärkte Förderung von Forschung zu und Entwicklung von neuen Antriebstechnologien und Produktionsprozessen. Zudem starten wir eine Infrastrukturoffensive für die Elektrifizierung, Vernetzung und Nutzerfreundlichkeit aller Verkehrsträger. Wir wollen außerdem langfristige Konzepte zur Dekarbonisierung von Flugverkehr und Schifffahrt entwickeln.
- 1115 • **Mehr Kooperation statt Wettbewerb beim Schienenpersonenfernverkehr in Europa.** Es muss sichergestellt werden, dass die Mitgliedsstaaten einheitliche Tarife, Qualitätsstandards, Taktfahrpläne und Vertriebssysteme organisieren können.
- 1120 • **Die Zersplitterung des europäischen Eisenbahnverkehrs beenden.** Die gravierenden Nachteile für die Fahrgäste bei Fahrkartenkauf und bei Fahrgastrechten müssen beseitigt werden. Die Passagierrechte wollen wir erhalten und sinnvoll ausbauen. Hierfür soll die Neufassung der Fahrgastverordnung die Nachteile überwinden, die den Fahrgästen durch den Wettbewerb entstehen; insbesondere lehnen wir die Aufnahme von Ausnahmeregelungen für Fahrpreischädigungen ab.
- 1125 • **Den Einsatz alternativer Kraftstoffe stärker nutzen.** Wir nutzen verstärkt alle Möglichkeiten alternativer Kraftstoffe für den Einsatz in Antriebstechnologien und bei Mobilitätsdienstleistungen, damit Europa weiter mit an der Spitze des weltweiten technischen Fortschritts und der Innovationen bleibt. Die Wasserstofftechnologie inklusive einer entsprechenden Infrastruktur soll als europäisches Projekt in einer grundsätzlich ergebnisoffenen Forschung und Entwicklung weiterentwickelt werden.
- 1130 • **Wir wollen, dass die europäisch vereinbarten Grenzwerte für Verbrennungsantriebe bei PKWs und LKWs zu Innovation in der Antriebstechnologie führen.** Europa hat nicht umsonst eindeutige Grenzwerte für Emissionen vereinbart. Das ist eine Grundlage, um neue marktfähige Angebote zu entwickeln. Diese können weltweit vermarktet werden.
- 1135 • **Emissionsreduktion bei Flug- und Schiffsverkehr.** Wir wollen alternative emissionsarme Antriebe und nachhaltige Infrastruktur bei Flugzeugen und Schiffen fördern. Auch hier benötigen wir einen Transformationsprozess hin zu Elektroantrieben, zu Wasserstoff- und Brennzellentechnologie und zur Nutzung von synthetischen Treibstoffen. Gefragt sind zudem leichtere Materialien beim Flugzeugbau und die Optimierung von Flugrouten. Die Elektrifizierung der Infrastruktur von Flug- und Seehäfen ist ein weiteres wichtiges Element zur Reduktion der Umweltbelastungen. Neben der Luftbelastung wollen wir auch die Lärmbelastung durch alternative Technologien minimieren. Kreuzfahrtschiffe sind zu verpflichten, den Strom im Hafen vom Land zu beziehen und Filter einzubauen. Alle Dekarbonisierungsmöglichkeiten sind zu nutzen. Diese aktive und strategische Industriepolitik sichert Europa auch auf diesem Technologiefeld die Chance, im weltweiten Wettbewerb vorn dabei zu sein.
- 1140 • **Transformation der Leitbranche Automobil begleiten und gestalten.** Wir wollen ein neues zukunftsfähiges Leitbild für die Automobilindustrie entwickeln. Die Herausforderungen liegen zum einen in der Entwicklung von digitalisiertem sowie von autonomem Fahren. Zum anderen verlangt der Klimawandel einen Beitrag des Verkehrssektors zur CO₂-Reduktion. Dadurch muss sich auch das Profil der Autobauer wandeln: von reinen Autoproduzenten zu Anbietern von zukunftsweisenden Mobilitätskonzepten. Dazu gehört die Umstellung auf alternative Antriebe, wie Elektromobilität und Wasserstofftechnologie. Wir wollen diesen Transformationsprozess der Leitbranche Automobil zu einem Erfolg für Europa und die in der Branche Beschäftigten machen, indem wir für die Beschäftigten die Qualifizierung fördern. Die Branche unterstützen wir bei neuen Geschäftsmodellen, marktfähigen Produktionsketten und Angeboten. Dabei müssen auch strukturpolitische Unterstützung für betroffene Regionen sowie personal- und arbeitsmarktpolitische Instrumente zur Bewältigung des Umbruchs die Transformation begleiten und vorausschauende Qualifizierungen müssen sie flankieren. Europa darf nicht ins Hintertreffen geraten und muss seine Technologiefähigkeit weiter unter Beweis stellen. Die Überlegungen zur Zukunft der Mobilität müssen eingebettet sein in die Entwicklung einer ebenen-, disziplin- und ressortübergreifenden strategischen Industrie- und Strukturpolitik, die Aspekte der Energiewende, der Innovationsförderung und der regionalen Entwicklung gleichermaßen in den Blick nimmt.
- 1155

3. Umwelt schützen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Wir wollen den Umweltschutz in Europa voranbringen. Es geht um den existentiellen Zugang zu sauberem Wasser, fruchtbare und gesunde Böden und eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt

1160 sowie gesunde Lebensmittel und schadstofffreie Produkte. Als zentrale Errungenschaft in Europa ist das Vorsorgeprinzip Leitfaden unseres Handelns. Dazu gehört auch der Ausstieg aus der Wegwerfgesellschaft – wir wollen nachhaltige Produkte, weniger überflüssige Verpackungen und hochwertiges Recycling.

1165 Landwirtinnen und Landwirte produzieren gesunde Lebensmittel, erhalten Kulturlandschaften, schützen natürliche Lebensgrundlagen und tragen zur nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume bei. Wir wollen sie auch weiterhin unterstützen. Tier-, Natur- und Klimaschutz, die Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wahrung sozialer Standards müssen in Zukunft stärker die Grundlage für die Förderung der europäischen Landwirtschaft sein.

1170 Was wir machen:

- 1175 • **Agrarförderung vom Kopf auf die Füße stellen.** Wir fordern die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Ziel ist nicht die Kürzung der Agrarförderung, sondern deren Bindung an Kriterien, die den Menschen in den ländlichen Betrieben, den ländlichen Regionen sowie dem Tier- und Umweltschutz zugutekommen. Es gilt: öffentliches Geld für öffentliche Güter. Dabei ist die Größe des Betriebs unerheblich.
- 1180 • Wir fordern den **Entzug von Subventionszahlungen** für Betriebe, die soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Kriterien nicht einhalten.
- 1185 • **Schluss mit dem Einsatz von Glyphosat.** In ganz Europa muss nach 2023 endlich Schluss sein mit dem Einsatz von Glyphosat und anderen schädlichen Pflanzengiften. Sie töten in kurzer Zeit viele Wildpflanzen und zerstören die Nahrungsgrundlage für Vögel und Insekten. Auch Neonikotinoide, die nicht vom jüngsten EU-Verbot betroffen sind, gehören auf den Prüfstand. Zulassungsverfahren müssen neu justiert und Ausnahmetatbestände reduziert werden. Den Schutz von Bienen und anderen Bestäubern verstehen wir als zentrales Versprechen an die nächste Generation.
- 1190 • **Vorsorge bei Züchtung und grüne Gentechnik haben Vorrang.** Wir wollen keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Europa. Für uns gilt das Vorsorgeprinzip, insbesondere bei neuen Methoden der Gentechnik wie CRISPR/Cas9. Eine diesbezügliche Aufweichung der EU-Regelungen lehnen wir ab.
- 1195 • **Nährwertampel für Lebensmittel.** Wir wollen europaweit eine verbindliche Nährwertkennzeichnung nach dem Vorbild der französischen Nährwertampel „Nutri-Score“ einführen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen auf einen Blick den Zucker-, Fett- und Salzgehalt von verarbeiteten Lebensmitteln erkennen, vergleichen und die gesündere Wahl treffen können.
- 1200 • **Gegen landwirtschaftliche Großkonzerne.** Wir wollen der Konzentration von Agrarland und Saatgutrechten in der Hand landwirtschaftlicher Großkonzerne oder außerlandwirtschaftlicher Investoren wirkungsvoll entgegenzutreten.
- 1205 • **Nachhaltige europäische Exportpolitik.** Die Nahrungsmittelindustrie muss im Einklang mit der Nachhaltigkeit in Europa und auf den Exportmärkten stehen. Wir lehnen eine landwirtschaftliche Produktion ab, die sich lediglich am Export auf den Weltmarkt ausrichtet und für den Zusammenbruch regionaler Märkte in Entwicklungs- und Schwellenländern mitverantwortlich ist.
- 1210 • **Dem Verlust der biologischen Vielfalt wollen wir ein Ende bereiten.** Dafür halten wir an unserem Ziel eines eigenständigen EU-Naturschutzfonds fest, damit in europäischen Schutzgebieten Schutz- und Pflegemaßnahmen, Artenhilfsprogramme und weitere Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt gefördert werden. Auch bei der Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik müssen ausreichend Mittel bereitgestellt werden, damit Landnutzer und Landnutzerinnen, wie zum Beispiel landwirtschaftliche Betriebe, finanzielle Anreize für mehr Naturschutz erhalten.
- 1210 • **Für klare Kennzeichnung tierischer Produkte.** Wir wollen eine EU-weite Herkunfts- und Fütterungskennzeichnung bei tierischen Lebensmitteln, ob unverarbeitet oder verarbeitet. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen die Informationen bekommen, woher Milch-, Käse-, Eier- oder Fleischprodukte stammen und ob die betreffenden Tiere mit gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) gefüttert wurden.
- 1210 • **Mehr Tierschutz in Europa.** Wir wollen eine neue europäische Tierschutzstrategie erarbeiten und umsetzen. Dazu gehören ein verbesserter Schutz bei Tiertransporten mit einer Begrenzung auf maximal

acht Stunden Transportzeit – in Europa und in Drittstaaten – sowie ein Verbot des Verkaufs von Haustieren im Internet.

- 1215 • **Unsere Meere effektiv schützen.** Wir brauchen europaweite und im nächsten Schritt internationale Lösungen für nachhaltigen Schiffsverkehr, die deutliche Verringerung von klimaschädlichen Emissionen und die Nutzung alternativer Antriebstechnologien. Zum Schutz der Meeresumwelt gehören auch in nachhaltiger Aquakultur erzeugte Lebensmittel und Konzepte für einen umweltverträglichen Meeres und Küstentourismus.

1220

VIII. Friedensmacht Europa stärken

- 1225 Die Weltordnung, die wir gekannt und an die wir uns gewöhnt hatten, besteht nicht mehr. Jahrzehntelange Allianzen werden im Twitter-Takt in Frage gestellt. Russlands Angriffe auf Völkerrecht und Staatensouveränität, die egoistische Politik des „America First“ genauso wie die aggressive wirtschaftliche Expansion Chinas verunsichern die Welt.

- 1230 Wir streben eine europäische Souveränität an, die es Europa ermöglicht, als aktiver Akteur auf der Weltbühne für seine Werte und Lebensweisen einzustehen. Europa darf nicht zum Spielball anderer werden, es muss sein Schicksal stärker selbst in die Hand nehmen können. In dieser Weltordnung wollen wir Europa als Friedensmacht positionieren, die für eine solidarische Kooperation zur Gewinnung und Erhaltung des Friedens, für die universelle Gültigkeit der Menschenrechte und für die Teilhabe aller Menschen überall auf der Welt am Wohlstand dieser Welt steht.

- 1235 70 Jahre lang traten die USA für Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in Europa ein. In dieser Zeit profitierten wir wie kaum ein anderes Land von der europäischen Integration und der Einbindung in die transatlantische Gemeinschaft.

- 1240 Die Dringlichkeit, mit der wir die Kraft Europas in der Welt bündeln müssen, ist heute größer denn je. Die Kündigung des Abrüstungsabkommens bezüglich nuklearer Mittelstreckensysteme (INF) ist ein schwerer Schlag für die internationale Rüstungskontrollpolitik und ein schlechtes Vorzeichen für die Sicherheit in der Welt. In den sechs Monaten von der Suspendierung des Abkommens bis zu dessen endgültigem Auswollen wir alles unternehmen, um Russland zu einer Rückkehr zur Vertragstreue zu bewegen und die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, zu dem Abkommen zurückzukehren.

1245

- 1250 Das drohende Scheitern des INF-Abkommens deutet aber auch auf ein viel größeres Problem hin: Immer mehr Staaten rüsten auf und wir haben keine ausreichenden internationalen Regelungen, um Rüstungswettläufe zu verhindern. Vertragsgestützte Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung müssen wieder in den Mittelpunkt unserer Politik gerückt werden. Wir wollen in der Rüstungskontrolle die bestehenden Abkommen erhalten und möglichst viele Staaten in neue Abkommen einbinden. Außerdem müssen wir internationale Regeln für die Waffensysteme der Zukunft schaffen: Dazu gehören letale autonome Waffensysteme, Hyperschallwaffen, Cyberinstrumente und Biotechnologiewaffen. Unsere Position ist klar: Wir wollen keine neue Aufrüstungsspirale. Eine Stationierung nuklearer landgestützter Mittelstreckenwaffen in Europa kann nicht die Antwort sein.

1255

- 1260 Die Sicherung des Friedens, die soziale Gestaltung der Globalisierung, der Klimawandel, die Ursachen von Flucht und Vertreibung – zu den Lösungen für diese weltweiten Herausforderungen kann Europa mit der vereinten Kraft seiner 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger einen entscheidenden Beitrag leisten. Wir wollen, dass Europas Fahne das Banner der freien Welt bleibt. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass Europa zusammen mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern sein ganzes politisches Gewicht einbringt und eine friedliche, gerechte und regelbasierte internationale Ordnung fortentwickelt. Hierfür brauchen wir Mut und politische Klarheit in Europa, um ein Gegengewicht zu Nationalismus und Abschottung der Populisten zu bilden. Wir wollen die gemeinsame Außenpolitik stärken und für eine Politik der Abrüstung eintreten.

1265

Wir wollen ein Europa, in dem die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien sowie Nordirland auch nach dem absehbaren Brexit eng und partnerschaftlich sind. Großbritannien und Nordirland verlassen zwar die EU, bleiben aber ein wichtiger und starker Partner in und für Europa. Die EU-Erweiterungspolitik bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu fördern.

1270

Zugleich muss die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfähigkeit sicherstellen. Wir halten an der Beitrittsperspektive für die Länder des westlichen Balkans fest. Wir schenken der Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dabei besondere Aufmerksamkeit.

1275

Eine besondere Herausforderung für uns ist die Zusammenarbeit mit der Türkei. Trotz der aktuellen Schwierigkeiten sind und bleiben die Beziehungen zwischen der Türkei und Europa sowie Deutschland von großer Bedeutung – auch vor dem Hintergrund der vielen Menschen mit türkischen Wurzeln in Deutschland und Europa. Das Vorgehen der türkischen Regierung gegen Journalistinnen und Journalisten, Oppositionelle sowie Aktivistinnen und Aktivisten der Zivilgesellschaft steht im Widerspruch zu den Werten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die für die europäische Wertegemeinschaft grundlegend sind. Weder die Türkei noch die Europäische Union sind in absehbarer Zeit für einen Beitritt bereit. Die südliche und östliche Nachbarschaft der EU wollen wir durch eine immer engere Zusammenarbeit in ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unterstützen, auch weil wir als EU selbst ein großes Interesse an einer stabilen Nachbarschaft haben.

1285

Willy Brandt, Egon Bahr, Olof Palme, François Mitterrand ... Wir sind die Partei des Dialogs und Ausgleichs, der Suche nach gemeinsamen Interessen sowie des mutigen Voranschreitens für Gerechtigkeit und Demokratie. Unsere EU-Außenpolitik basiert auf der Einhaltung der Menschenrechte mit einem besonderen Augenmerk auf Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter. Angesichts von Kriegsgefahren, Kriegen und Krisen sind die Herausforderungen hierfür deutlich gestiegen. Europa kann sich seiner eigenen Kraft besinnen – und seine Eigenständigkeit unter Beweis stellen. Europa muss sich stark machen für das internationale Recht, für multilaterale Lösungen und für Abrüstung und Frieden sowohl in Europa als auch in anderen Regionen der Welt.

1290

Was wir machen:

1295

- Europa muss alles daransetzen, das **internationale Abrüstungsregime vor dem Kollaps zu bewahren**. Die noch verbleibende Zeit muss genutzt werden, um den INF-Vertrag zum Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen trotz der Kündigung durch US-Präsident Trump möglichst doch noch zu retten. Auch werden wir keinen Zweifel daran lassen, dass wir ein neues atomares Wettrüsten strikt ablehnen: keine neuen Atomwaffen in Deutschland und Europa! Wir wollen zudem die weiteren Abrüstungsinitiativen von Heiko Maas zur Einbeziehung von autonomen Waffensystemen und Cyberwaffen europäisch unterlegen.

1300

- Europa wird in der Welt durch einen **europäischen Außenminister bzw. eine europäische Außenministerin** vertreten. Das Amt des „Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ bzw. der „Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ wollen wir fortentwickeln. Wer mit Europa verhandeln will, muss wissen, mit wem er bzw. sie es zu tun hat.

1305

- **Das Einstimmigkeitsprinzip bei außenpolitischen Entscheidungen wird abgeschafft**. Der Rat der europäischen Außenministerinnen und Außenminister soll mit Mehrheit entscheiden können. Es muss ein Ende haben, dass Mitgliedsstaaten sich auseinanderdividieren lassen und sich Europa damit außenpolitisch lähmt.

1310

- Europa strebt gemeinsam einen **Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN)** an. Die deutsche Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat 2019 und 2020 wollen wir als europäische Mitgliedschaft gestalten.

1315

- **Initiative für eine neue Nord-Süd-Strategie**. Wir wollen, dass die Beziehungen Europas mit seinen internationalen Partnern, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent, an den Prinzipien der Menschenrechte, der Friedenssicherung, der nachhaltigen Entwicklung und der Überwindung struktureller Ungleichheiten neu ausgerichtet werden. Um die weltweite Umsetzung der Pariser Klimaziele zu intensivieren, wollen wir die Bedeutung und die Kapazitäten der Klimadiplomatie Europas ausbauen.

- 1320 • Zur Stärkung der **europäischen Friedenspolitik fordern wir ein neues ziviles „Europäisches Stabilisierungscorps“**. Alle Mitgliedsstaaten entsenden dafür Expertinnen und Experten für demokratischen Staatsaufbau, für das Etablieren von Rechtsstaatlichkeit und Ordnung und für die Ausbildung von Sicherheitskräften. Wir wollen ferner die internationalen Polizeimissionen ausweiten, damit die Polizei mit ihrer Expertise und ihren Fähigkeiten dazu beitragen kann, dass kriegerische Konflikte außerhalb Europas friedlich gelöst werden können. Im besten Fall können so auch rechtsstaatliche Strukturen gefördert und damit letztlich auch Fluchtursachen vor Ort bekämpft werden.
- 1325 • Unsere **Entwicklungszusammenarbeit hat die Befähigung zu stabiler Staatlichkeit sowie eigenständiger sozialer, nachhaltiger und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit** zum Ziel. Eine Zweckentfremdung der Mittel, etwa um ausschließlich auf Migrationsbewegungen Einfluss zu nehmen, lehnen wir genauso ab wie das Einsetzen von Entwicklungsgeldern für militärische Zwecke.
- 1330 Europa soll vielmehr eine Vorreiterrolle einnehmen bei der Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen. Ziel Nummer fünf, die Gleichstellung der Geschlechter, ist dabei für uns ein durchgängiges Prinzip. Die Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention und Konfliktbewältigung sowie die Programme zur Entwicklungszusammenarbeit müssen ausgebaut und mit ausreichenden Ressourcen unterstützt werden. Wir stehen weiterhin zu dem Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen. Die Entwicklungszusammenarbeit wollen wir im Dialog mit den Staaten und den Zivilgesellschaften des globalen Südens ausgestalten.
- 1335 • Eine **gemeinsame parlamentarisch kontrollierte europäische Armee**. Der Ausbau der europäischen Verteidigungsfähigkeiten ist eine Voraussetzung für die Stärkung europäischer Souveränität und die richtige Antwort auf das Wiedererstarken des Nationalismus. Damit leisten wir auch einen Beitrag zur inneren Friedenssicherung. Um auch in Europa einen Rückfall in eine überkommene Aufrüstungslogik zu verhindern, setzen wir auf europäische Synergie, die eine effektive Konzentration der Verteidigungskräfte ermöglicht und damit eine generelle Erhöhung der Rüstungsausgaben unnötig macht. Der Einsatz darf nur durch das Europäische Parlament genehmigt werden. Ein neu zu schaffender Verteidigungsausschuss im Europäischen Parlament sichert die Kontrollrechte der Abgeordneten und begleitet parlamentarisch den Prozess der Integration der europäischen Streitkräfte.
- 1340 • **Synergien statt pauschaler Erhöhung der Rüstungsausgaben und restriktive Exportkontrolle**. Wir lehnen die pauschale Erhöhung der Rüstungsausgaben ab. Gleichzeitig wollen wir unsere Soldatinnen und Soldaten mit moderner Ausrüstung versorgen. Dafür setzen wir auch hier auf europäische Synergien durch den Aufbau einer gemeinsamen Beschaffungspolitik. Dazu führen wir auch eine gemeinsame restriktive Kontrolle von Rüstungsexporten ein, die durch ein parlamentarisches Kontrollgremium überwacht wird und Verstöße hart sanktioniert. Wir wollen keine Rüstungsexporte in Krisengebiete und Diktaturen. Wir brauchen eine europäische Regelung für Rüstungsexporte, die eindeutig und verbindlich ist sowie restriktive Grenzen setzt.
- 1345 • **Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken**. Die OSZE wollen wir als Instrument der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung stärken und weiterentwickeln. Gerade auch in diesem Rahmen gilt es eine neue europäische Ostpolitik zu entwickeln. Trotz aller Rückschläge und Probleme im Verhältnis zu Russland ist klar: Dauerhafter Frieden in Europa ist nicht gegen, sondern nur mit Russland möglich. Deshalb ist es wichtig, trotz Differenzen im Dialog zu bleiben. Dafür nutzen wir auch die gewachsenen Strukturen der Ostseekooperation, in die Russland als Partner eingebunden ist.
- 1350
- 1355
- 1360

1. Mit fairer Handelspolitik Globalisierung sozial gestalten

- Ein fairer offener Welthandel ist die Grundlage für eine gerechte Verteilung des Wohlstands. Er ist auch Garant für Frieden sowie Stabilität und Grundlage funktionierender Staatlichkeit. Europa muss treibende Kraft sein, da es gilt, die Verflechtungen des Welthandels sozial, ökologisch und transparent zu gestalten.

Was wir machen:

- 1370 • **Internationale Regeln stärken**. Wir werden weiterhin für ein gerechtes internationales Regelwerk im Rahmen der Welthandelsorganisation und von Handelsverträgen arbeiten, damit weltweit dem kodifizierten Recht Geltung verschafft wird und nicht das Recht des Stärkeren die Oberhand gewinnt.

- 1375 • **Schutz der Arbeitsplätze vor Handelsstreitigkeiten.** Ein starkes Europa ist für uns Garant dafür, die europäische und auch die deutsche Industrie gegen unfaire Handelspraktiken zu schützen. Sei es Billigstahl aus China oder seien es US-Strafzölle – wir schützen die heimischen Arbeitsplätze mit effektiven Handelsschutzinstrumenten.
- 1380 • **Kein Zwang zur Privatisierung und Deregulierung der öffentlichen Güter.** Unser sozialdemokratisches Grundverständnis ist, dass die öffentliche Daseinsvorsorge durch internationale Handelsabkommen nicht ausgehöhlt werden darf. Rekommunalisierungen dürfen nicht durch das Handelsrecht verhindert werden.
- 1385 • **Handelsabkommen mit verbindlichen menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Standards.** Die Europäische Union muss ihren internationalen Handelspartnern auf Augenhöhe begegnen und mit ihrer Handelspolitik zu beiderseitigem Vorteil sowie wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung beitragen. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Handelsabkommen bindende Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung enthalten. Menschenrechte und internationale Vereinbarungen wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder das sogenannte COP21-Klimaabkommen müssen umgesetzt werden. Bei ihrer Verletzung sollen Sanktionen greifen. Um den Welthandel insgesamt ökologischer, sozialer und transparenter zu gestalten, muss unser Augenmerk wieder auf multilaterale Verträge gerichtet werden. Dazu muss die WTO gestärkt und umgebaut werden. Wir wollen innerhalb der internationalen Organisationen und darüber hinaus eine Weltwirtschaftsordnung schaffen, die den Staaten des globalen Südens eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung auch durch Beteiligung am Welthandel ermöglicht und bestehende Machtasymmetrien im internationalen Handel beseitigt. Dazu gehört, dass die EU verzerrende Subventionspraktiken beendet.
- 1390 • **EU-Aktionsplan „Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten“.** Wir wollen einen EU-Aktionsplan „Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten“ (ähnlich wie in Deutschland) in der Verantwortung der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration verankern. Sorgfaltspflichten und verantwortliches Unternehmenshandeln in globalen Lieferketten müssen verbindlich werden. Alle Mitgliedsstaaten sollen verpflichtet werden, mit nationalen Aktionsplänen verantwortliches Unternehmenshandeln in globalen Lieferketten zu stärken.
- 1395 • Die Europäische Union muss sich als Ganzes der **Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsarbeit, schwerwiegenden Arbeitsunfällen und Kinderarbeit** verschreiben und die Initiative Alliance 8.7 gemeinsam unterstützen.
- 1400

2. Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik humanitär und solidarisch

- 1405 Flucht und Vertreibung nehmen weltweit zu und machen an den Grenzen Europas nicht halt. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Wir wollen, dass sich alle Mitgliedsstaaten Europas ihrer humanitären Verantwortung stellen und flüchtenden Menschen in Not Schutz und Zuflucht bieten. Europa muss Fluchtursachen bekämpfen und nicht Flüchtlinge. Wir wollen legale Einwanderungsmöglichkeiten als Grundlage einer geordneten Zuwanderung schaffen.

1410

Was wir machen:

- 1415 • Eine **Reform des Dublin-Systems**, die Kriegsflüchtlinge schützt und das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt. Das Wahre des Asylrechts ist eine gemeinsame europäische Aufgabe, die solidarisch erfüllt werden muss. Sie darf nicht allein auf die Staaten mit einer Außengrenze verlagert werden. Deshalb wollen wir das Dublin-System durch einen solidarischen Verteilungsschlüssel ersetzen. Bis zur Verabschiedung der Reform müssen einzelne aufnahmewillige Staaten oder Städte besser unterstützt werden.
- 1420 • **Ausweitung des EU-Resettlement-Programms und verbindliche Umsetzung der Kontingentziele in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR).** Die kontrollierte Aufnahme von Flüchtlingen in den europäischen Staaten verbessert die Lebensumstände aller Schutzsuchenden in den Flüchtlingslagern des UNHCR. Migrationspartnerschaften, bei denen Staaten außerhalb der EU nur dafür bezahlt werden, Migrantinnen und Migranten an der Durchreise zu hindern, lehnen wir ab.

- 1425 • **Vereinheitlichung und Beschleunigung von Asylverfahren** und gemeinsames Handeln bei der Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern. Der Anreiz für freiwillige Rückkehr soll mit finanziellen Hilfen für den Neustart im Herkunftsland erhöht werden. Wir halten daran fest, dass keine Abschiebungen in Länder erfolgen, in denen für die Menschen die unmittelbare Gefahr besteht, Opfer eines Kriegs oder eines bewaffneten Konflikts zu werden.
- 1430 • **Einführung eines europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds.** Städte und Kommunen, die sich bereit erklären, Geflüchtete aufzunehmen, sollen bei den Integrationskosten und zusätzlich
- 1435 in gleicher Höhe bei kommunalen Entwicklungskosten finanziell unterstützt werden. In Multi-Stakeholder-Beiräten sollen die Bürgerinnen und Bürger dabei über die Aufnahme von Flüchtlingen mitbestimmen.
- 1440 • **Mehr europäische Regeln für legale Zuwanderung schaffen.** Auch um das Sterben auf dem Mittelmeer und auf anderen Fluchtrouten zu beenden, brauchen wir einheitliche und einfache Regelungen für legale Zuwanderung nach Europa, die sich nicht ausschließlich an ökonomischen Kriterien orientieren. Als Vorbild kann hier die deutsche Regelung für eine vereinfachte Arbeitsmigration für den Westbalkan dienen.
- 1445 • **Konzept für humanitäre Visa erstellen.** Für Schutzsuchende wird der Weg nach Europa oft zum Grab. Wir wollen, dass das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) ein Konzept für gemeinsame europäische humanitäre Visa im Rahmen einer vorbehaltlich legalen Zuwanderung vorlegt.
- 1450 • **Europäische Seenotrettung.** Alle Mitgliedsstaaten haben ihren Beitrag für eine leistungsfähige Seenotrettung im Mittelmeer zu leisten. Wir wollen, dass die EU die Seenotrettung stärker koordiniert und die Mitgliedsstaaten dabei finanziell, technisch und personell unterstützt. Private Hilfsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert werden; sie sollen aufgenommene Flüchtlinge unmittelbar in europäische Häfen ausschiffen dürfen.
- 1455 • **Wir lehnen die Idee von „Ausschiffungsplattformen“ in den nordafrikanischen Transitländern ab.**
- 1460 • **Mit fairer Handels-, Agrar- und Fischereipolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit Fluchtursachen bekämpfen.** Immer mehr Menschen sind zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen, weil sie sich und ihre Familien nicht mehr ernähren können. Mit einer fairen Handels-, Agrar- und Fischereipolitik sowie einer wirkungsvollen Entwicklungszusammenarbeit, die soziale und ökologische Ziele mit wirtschaftlichen Zielen gleichsetzt, wollen wir Fluchtursachen bekämpfen und eine eigenständige Entwicklung des globalen Südens ermöglichen.
- 1470 • Schutz der europäischen Außengrenzen vor illegaler Zuwanderung und konsequente **Bekämpfung von Schlepperbanden** und von Menschenhandel, der sexuelle und Arbeitsausbeutung bezweckt, um vor allem Kinder und Frauen zu schützen.

1460 IX. Mehr Vertrauen in Europas Demokratie und Institutionen

1465 Europa braucht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine starke, funktionierende Demokratie. Sie muss dringend bürgerinnen- und bürgernäher und noch verständlicher werden. Dieses Vertrauen gewinnen wir nur, wenn die Entscheidungsfindung in Europa mehr Mitsprache ermöglicht sowie gute Ergebnisse und den sozialen Fortschritt für alle bringt. Das Herzstück der europäischen Politik muss das Voranbringen des europäischen Einigungsprojekts sein. Wir wollen deshalb die europäische Demokratie und die Gemeinschaftsinstitutionen stärken, denn sie sind die Garanten dafür, dass nicht nationale Egoismen, sondern das gemeinsame europäische Interesse im Vordergrund steht.

1470 Bürgerinnen und Bürger sollen mitentscheiden, das Parlament muss stärker werden und eine europäische Öffentlichkeit soll über politische Entscheidungen streiten. Dazu gehören auch starke, gut ausgestattete nationale Parlamente mit transparenten Verfahren und Rechten für die Opposition. Die nationalen Parlamente stellen durch ihre Mitwirkung am EU-Gesetzgebungsprozess einen unabdingbaren Bestandteil des europäischen Demokratieprinzips dar und sind eine wichtige Säule der europäischen Öffentlichkeit.

1475 Das Zusammenspiel zwischen den nationalen Parlamenten und einem gestärkten Europäischen Parlament bildet die Grundlage für einen friedlichen Kontinent, der Demokratie lebt und dessen Akteurinnen

und Akteure nicht gegeneinander, sondern miteinander handeln. So bewahren wir das große Erbe Europas im 21. Jahrhundert. Zukünftige Generationen sollen dann nicht nur als Europäerinnen und Europäer reisen, sondern selbstverständlich als Europäerinnen und Europäer fühlen, denken und leben.

1. Ein starkes Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament ist der zentrale Ort für die Vertretung der Menschen in Europa, für politische Debatten und Entscheidungen. Seit 40 Jahren wird es alle fünf Jahre direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewählt. Als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger muss das Europäische Parlament endlich auf die gleiche Höhe wie der Rat der Ministerinnen und Minister gestellt werden – eine Augenhöhe, die sich auch beim Thema Transparenz widerspiegeln muss. Wir setzen uns dafür ein, dass das Parlament die Vielfalt Europas repräsentiert, und dazu gehört für uns auch ein starkes Signal für die Gleichstellung von Frauen in Europa. Europawahlen müssen tatsächlich europäisiert und europäische Parteien gestärkt werden.

Was wir machen:

- **Echte europäische Spitzenkandidatinnen und -kandidaten.** Wir wollen mehr europapolitische Debatten. Wir wollen Europawahlen mit europäischen Themen und mit europäischen Parteien. Die Wählerinnen und Wähler sollen einfacher erfahren können, welche Partei im Europäischen Parlament für welche Inhalte steht. Dazu leistet der pointierte politische Wettstreit der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten um das Amt der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten einen wichtigen Beitrag.
- **Einführung von europäischen Wahllisten.** Europawahlen sind zurzeit 28 nationale Wahlen für das Europäische Parlament. Europäische Spitzenkandidatinnen und kandidaten sollen nicht nur in ihren Mitgliedsstaaten gewählt werden können, wie es heute der Fall ist, sondern in allen Mitgliedsstaaten. Dafür wollen wir transnationale Listen bei der Europawahl und ein Zweistimmenwahlsystem einführen: Eine Stimme entfällt auf eine transnationale Liste, die von den europäischen Spitzenkandidatinnen oder Spitzenkandidaten angeführt wird, die sich um die Präsidentschaft der Europäischen Kommission bewerben. Mit der anderen Stimme werden wie bisher die Kandidatinnen und Kandidaten auf der nationalen Liste für das Europäische Parlament gewählt.
- **Gesetzesinitiativrecht des Europäischen Parlaments.** Wir wollen, dass die europäischen Volksvertreterinnen und Volksvertreter selbst Initiativen für Gesetzesvorhaben starten können. Bisher beschränkt sich das Initiativrecht des Europäischen Parlaments auf die Möglichkeit, die Kommission zur Vorlage eines Vorschlags aufzufordern. Nur die Europäische Kommission hat das Recht, EU-Gesetzesvorschläge auf den Weg zu bringen.
- **Untersuchungs- und Kontrollrecht des Europäischen Parlaments.** Wir setzen uns für die Einführung eines gestärkten Untersuchungsrechts für das Europäische Parlament ein. Untersuchungsausschüsse müssen insbesondere die Möglichkeit erhalten, Personen vorzuladen, damit das Parlament Missstände besser aufarbeiten und die Exekutive wirksamer kontrollieren kann. Die Instrumente des Europäischen Parlaments, einzelne Kommissionsmitglieder während der gesamten Dauer ihrer Amtszeit zur Rechenschaft zu ziehen, sollten verbessert werden. Bei grobem Fehlverhalten sollte das Europäische Parlament nicht nur der gesamten Kommission, sondern auch einzelnen Mitgliedern mit qualifizierter Mehrheit das Misstrauen aussprechen können.
- **Mehr Transparenz durch verbindliches Lobbyregister für alle EU-Institutionen.** In Europa gibt es lange Transparenz darüber, welche Verbände, Firmen und Vereine versuchen, ihren Einfluss im Europäischen Parlament geltend zu machen. Dieses Transparenzniveau wollen wir für alle EU-Institutionen. Damit wollen wir auch Vorbild sein für Regelungen in den Mitgliedsstaaten.
- **Mehrheitsprinzip bei allen Entscheidungen im EU-Ministerrat verstärken.** Europa muss noch an vielen Stellen zu deutlich schnelleren und effizienteren Entscheidungen kommen. Zu oft gilt noch das Prinzip der Einstimmigkeit. Dadurch wird die Handlungsfähigkeit Europas gelähmt. Künftig sollen wichtige Gesetzgebungen nicht mehr durch einzelne Mitgliedsstaaten blockiert werden können.

2. europäische Öffentlichkeit stärken und Teilhabe an der Demokratie fördern

Um mehr Interesse an Europa zu wecken, müssen die Bürgerinnen und Bürger sich eine Meinung bilden sowie Entscheidungen nachvollziehen und an europäischen Debatten und Prozessen teilhaben können. Dazu müssen sie wissen, welche Institution, welche Mitgliedsstaaten und welche Abgeordnete wofür verantwortlich sind und wofür sie stehen. Eine unabhängige und europäische Berichterstattung soll die Verhandlungen kritisch begleiten und Dialoge über Grenzen hinweg ermöglichen. Eine aktive europäische Zivilgesellschaft ist die Brücke zu den Bürgerinnen und Bürgern. Ihre Beteiligung war nie wichtiger als heute – ist die Europäische Union doch unter gewaltigem Druck von innen und von außen. Zivilgesellschaftliches Engagement ist für die europäische Integration unerlässlich. Europas Bürgerinnen und Bürger müssen nicht nur besser über „ihr“ Europa informiert werden. Sie brauchen auch Beteiligung über ihre europäischen Netzwerke und müssen in einen regelmäßigen Dialog einbezogen werden.

Was wir machen:

- 1545 • **Das Wahlrecht mit 16 Jahren.** Wie in Deutschland bei der Bundestagswahl wollen wir mehr junge Menschen an Wahlen beteiligen. Wir wollen nicht über sie entscheiden, sondern mit ihnen. Dafür senken wir die Altersgrenze, ab der man wählen kann, auf 16 Jahre.
- 1550 • **Europäische Jugendbeteiligung stärken.** Insbesondere junge Menschen wollen die Zukunft Europas mitgestalten. Die EU-Jugendstrategie stellt einen Rahmen dar, in dem die Jugendpolitik strukturell und ressortübergreifend gestärkt wird. Der EU-Jugenddialog, der federführend von Jugendorganisationen umgesetzt wird, muss als Partizipationsinstrument Wirkung entfalten und junge Menschen verbindlich beteiligen. Die von jungen Menschen erarbeiteten EU-Jugendziele sind eine einmalige Gelegenheit, die Beteiligung junger Menschen in den europäischen Gesetzgebungsprozess einfließen zu lassen.
- 1555 • **Politische Bildung in Europa verbessern.** Die Anforderungen an politische Bildung steigen, auch und gerade in Europa. Deshalb gilt es, die Angebote der politischen Bildung zu stärken – in den Schulen, in der außerschulischen Jugendbildung und auch in der Erwachsenenbildung. Vor allem wollen wir hier die Zivilgesellschaft stärken, damit sie europäische Debatten begleiten, kommentieren und einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt in Europa leisten kann.
- 1560 • **Europäische Bürgerinitiative stärken.** Mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) können Bürgerinnen und Bürger die Europäische Kommission auffordern, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Wir wollen die Reform der EBI zügig voranbringen. Vor allem wollen wir das Mindestalter für eine Beteiligung auf 16 Jahre absenken.
- 1565 • **In Gesetzgebungsverfahren mehr auf die europäische Zivilgesellschaft hören.** Wir wollen im europäischen Gesetzgebungsprozess zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Vereinen, NGOs, Jugendringen und verbänden, Projekten und Initiativen eine transparente und chancengleiche Einbindung ermöglichen. Uns geht es um einen gleichberechtigten Dialog aller Partner und Partnerinnen.
- 1570 • **Einführung eines europäischen Vereinsstatuts.** Mit der Einführung eines europäischen Vereinsstatuts wollen wir für verlässlichere Förderstrukturen sorgen.
- 1575 • **Förderung europäischer Medien, um eine wirkliche europäische Öffentlichkeit zu schaffen.** Wir brauchen mehr europäische Öffentlichkeit, um mehr Informationen über Europa und ein stärkeres gemeinsames europäisches Bewusstsein entstehen zu lassen. Darüber hinaus benötigen wir einen europäischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für das 21. Jahrhundert. Hierfür sollte eine attraktive europaweite Plattform für vorhandene öffentlich-rechtliche Inhalte geschaffen und um genuin europäische Inhalte ergänzt werden. Passend dazu soll die EU Medienkonzepte fördern, die zum Ziel haben, die Sprachbarrieren in Europa zu überwinden und eine europaweite Informationsbeschaffung sowie einen grenzüberschreitenden Dialog zu ermöglichen. Zudem sollten in europäischer Kooperation überzeugende öffentlich-rechtliche Fernsehangebote auf Russisch, Türkisch und Arabisch entwickelt werden, die sich gleichermaßen an Einwanderer und Einwanderinnen sowie die Staaten der europäischen Nachbarschaft richten und damit die europäische Wertegemeinschaft befördern.
- 1580 • **Wir wollen den Europatag, den 9. Mai,** zu einem gemeinsamen europäischen Feiertag machen.

Änderungsanträge

Antragsbereich Ä/ **Antrag 117**, Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsanträge zum Kapitel VII.1

(Erledigt)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Wir brauchen einen schnellstmöglichen, sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleenergiegewinnung.

Antragsbereich Ä/ **Antrag 119**, Landesverband Nordrhein-Westfalen

Änderungsanträge zum Kapitel VII.1

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

5 Jugendliche gehen derzeit auf die Straße, weil sie sich Sorgen um die Zukunft des Planeten und damit IHRE Zukunft machen (Fridays for Future). Wir treten für die Einbeziehung von Jugendlichen und ihren Interessenvertretungen und –Gruppen bei Diskussionen und Entscheidungsprozessen zum Thema Umwelt und Klimawandel ein.

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand zur Frage der CO₂-Grenzsteuer)

10 Dazu gehört das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, ebenso wie die Einführung eines sozialverträglichen und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind und die Einführung einer CO₂-Grenzsteuer.

(Erledigt)

Antragsbereich Ä/ **Antrag 121**, 08/01 Rixdorf (Landesverband Berlin)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Änderungsantrag zum Kapitel VII.1

5 „Eine tatsächliche Energiewende wollen wir durch eine funktionierende Bepreisung des Kohlenstoffverbrauchs (bzw. der CO₂-Emissionen) gewährleisten. Wir setzen uns für einen europäischen Besteuerungssystem ein. Dieser sollte entsprechend des bereits 2017 von unser Parteilinie im PES-Kongress verabschiedeten Beschluss mindestens einen Kohlenstoffpreis von 50 €/Tonne bis 2020 und von mindestens 100 €/Tonne bis 2030 bewirken. Wie für die Finanztransaktionssteuer gefordert, sollen auch diese Einnahmen der EU zufließen.“

Antragsbereich Ä/ **Antrag 122**, Landesverband Berlin

Änderungsantrag zum Kapitel VII.1

(Erledigt)

(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Die durch soziale Maßnahmen flankierte Steigerung durch Energieeffizienz in Gebäuden und der Zubau von erneuerbaren Energien in Gebäuden werden ausdrücklich gefordert.

Antragsbereich Ä/ Antrag 123, Ortsverein München Au (Landesverband Bayern)

Änderungsanträge zum Kapitel VII.1

(Erledigt)

(Abgelehnt)

(Überwiesen an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament)

- 5 “Wir fordern, die Europäische Investitionsbank verstärkt zu nutzen, um den ökologischen Umbau der europäischen Wertschöpfung und Energieerzeugung zu beschleunigen. Der Investitionsschwerpunkt soll auf wirtschaftlich schwächeren Regionen liegen, beispielsweise den ländlichen Regionen oder Südeuropa. So werden zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen und die Innovationskraft der europäischen Wirtschaft gestärkt.”

Antragsbereich Ä/ Antrag 125, Ortsverein Aachen-Brüssel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zum Kapitel VII.1

(Erledigt)

(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

- 5 Seite 23, Zeile 37 Füge ein ‚und die Einführung einer CO₂-Grenzsteuer‘ Außerdem stehen wir für verstärkte Anstrengungen im Bereich der Energieeffizienz, im Gebäudebestand ebenso wie durch Sektorkopplung, Speichertechnologien oder zum Beispiel die Nutzung industrieller Abwärme‘

(Überwiesen an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament)

- 10 Seite 23, Zeile 44 Absatz neu füge ein ‚Wir setzen uns für einen Fahrplan zum europäischen Atomausstieg ein. Als ersten Schritt richten wir einen Fond zur Abschaltung von Risikoreaktoren und dem gemeinsamen Schaffen von Ersatzkapazitäten ein‘

Antragsbereich Ä/ Antrag 126, Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten

Änderungsantrag zum Kapitel VII.1

(Abgelehnt)

(Erledigt)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

- 5 **Füge ein auf S. 24, Z.4** „auf 70 Prozent“.... erhöht.

Antragsbereich Ä/ Antrag 127, Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zum Kapitel VII.1

(Erledigt)

(Überwiesen an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament)

“Darüber hinaus wollen wir künftig in ganz Europa aus der unverantwortlichen Atomenergie aussteigen. Unsichere Meiler wie in Tihange gehören sofort abgeschaltet.”

Antragsbereich Ä/ Antrag 132, Kreisverband Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zum Kapitel VII.2

(Überwiesen an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament)

„Die Gründung einer europäischen Bahngesellschaft mit klarem Auftrag zur Schaffung von guter Infrastruktur, ökologischem Fortschritt und bezahlbaren Fahrpreisen und die Europäisierung der Schienennetze.“

Änderungsantrag zum Kapitel VIII

(Überwies an Kommission Internationale Politik beim SPD-Parteivorstand)

Der Prozess hin zu einer gemeinsamen europäischen Armee muss ein Prozess der Abrüstung und nicht der Aufrüstung sein.

Antragsbereich Ini/ **Antrag 1**

(Angenommen)

Initiative „Internationale Steuergerechtigkeit und fairer Wettbewerb“

Internationale Konzerne machen dank der Globalisierung der Wirtschaft Milliardengewinne; doch viele global agierende Konzerne nutzen jedes Schlupfloch, um so wenig Steuern wie möglich zu zahlen. Sie bauen ihre Geschäftsmodelle auf den Leistungen der Gemeinschaft auf – auf Bildung, Forschung und Infrastruktur. Aber sie tragen viel zu wenig zum Gemeinwohl bei. Gerade die großen digitalen Plattformen werden zudem auf den Märkten immer mächtiger und gefährden so den fairen Wettbewerb und die Demokratie. Im Rahmen einer internationalen Verständigung und auch mit der vereinten Kraft der Europäischen Union können wir die globalen Konzerne und Internetgiganten in die Verantwortung nehmen. Wir rufen darum alle progressiven Kräfte in Europa auf, sich unserer Initiative „Internationale Steuergerechtigkeit und fairer Wettbewerb“ anzuschließen. Für uns geht es um die große Frage: Überlassen wir die Spielregeln in Europa den großen digitalen Playern – oder schaffen wir ein gerechtes Europa, in dem alle Bürgerinnen und Bürger ein gutes Leben führen können? Wir sind der Steuervermeidung und -verlagerung und der Machtkonzentration nicht hilflos ausgeliefert. Wir schlagen fünf Maßnahmen vor, die zusammen eine große Wirkung entfalten können, wenn wir sie entschlossen und geschlossen angehen:

15

Eine europaweite Finanztransaktionssteuer (FTT). Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen schon lange für die Finanztransaktionssteuer, weil wir es gerecht finden, Gewinne aus Aktienverkäufen zu besteuern und damit den Finanzsektor an den öffentlichen Ausgaben und an den Kosten für Finanzkrisen zu beteiligen. Es muss Schluss damit sein, dass wenige die Gewinne machen, aber die Kosten, die durch das fahrlässige Handeln von Banken entstehen, der ganzen Gesellschaft aufgebürdet werden. Die Union hat die Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene lange blockiert. Unter einem sozialdemokratischen Finanzminister ist nun endlich der Durchbruch gelungen: Zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehen voran und haben beschlossen, die Transaktionen mit im Inland ausgegebenen Aktien zu besteuern. Die Einnahmen könnten nicht nur den zehn Einzelstaaten zufließen, sondern teilweise in einen gemeinsamen Topf eingezahlt werden, von dem alle beteiligten Mitgliedsstaaten profitieren. Damit wollen wir auch Anreize schaffen, damit zukünftig mehr als die aktuell zehn Mitgliedsstaaten mitmachen. In Kürze wird der konkrete Vorschlag vorliegen. Die Besteuerung von Transaktionen auf im Inland emittierte Aktien ist für uns aber nur ein wichtiger erster Schritt hin zu einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Unser Ziel bleibt eine umfassende Finanztransaktionssteuer. Diese soll alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie alle Devisentransaktionen umfassen.

20

25

30

Die Anzeigepflicht für „Steuergestaltung“. In der jüngsten Vergangenheit haben große Konzerne und ihre Steuerberater immer neue Modelle erfunden, um Gesetzeslücken auszunutzen und sich davor zu drücken, Teile ihrer Steuerschuld zu bezahlen. „Cum-Cum“ und „Cum-Ex“ sind Begriffe, die zu trauriger Berühmtheit gelangt und zum Synonym dafür geworden sind, wie clevere Finanzberater die Finanzbehörden ausgetrickst haben. Durch sogenannte „Steuergestaltungsmodelle“ sind der Solidargemeinschaft Milliarden verloren gegangen; die Finanzämter konnten oft nur zusehen und der Trickserie immer nur im Nachhinein den Riegel verschieben. Das werden wir beenden; die Grundlage dafür ist gelegt: Die EU hat die Anzeigepflicht für grenzüberschreitende „Steuergestaltungsmodelle“ beschlossen. Das bedeutet, dass Unternehmen, die Gewinne in Niedrigsteuerländer verschieben wollen, diese zukünftig bei

35

40

den Finanzämtern vorher anzeigen müssen. So kommen die Finanzämter in die Vorderhand und können sich gegen „Steergestaltungsmodelle“ wappnen; Staaten können frühzeitig ihre Gesetze anpassen. Nun gilt es, diese Regel in Deutschland in Kraft zu setzen. Der Gesetzentwurf dafür ist fertig, nun muss die Union im Kabinett mitziehen. Wir wollen aber noch weitergehen, denn auch innerdeutsche „Steergestaltungsmodelle“ entziehen der Gemeinschaft die nötigen Einnahmen und erzeugen Steuerungerechtigkeit. Darum wollen wir die Anzeigepflicht auch für innerdeutsche „Steergestaltungsmodelle“ einführen. Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die länderbezogenen Berichte (Country-by-Country Reports) veröffentlicht werden.

Eine globale Mindestbesteuerung, vorangetrieben mit der Kraft der EU. Wir werden nicht hinnehmen, dass große internationale Unternehmen, insbesondere der Digitalwirtschaft, sich nicht an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen. Sie müssen – wie jede Bäckerei oder jeder Mittelständler auch – angemessen besteuert werden. Da die Unternehmen weltweit agieren, ist eine globale Mindestbesteuerung das beste Mittel, um Steuerflucht und Gewinnverlagerung beenden. Deutschland ist es mit einer Hand voll gleichgesinnter Staaten gelungen, die geeinte Kraft der EU in Stellung zu bringen, um in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine globale Mindestbesteuerung und eine faire Besteuerung der digitalen Großkonzerne voranzutreiben. Wenn diese kommt, kann sich keine Plattform und keine globale Kaffeehaus-Kette mehr der fairen Besteuerung entziehen. Wir sehen gute Chancen, zu einer solchen Lösung zu kommen, doch wir werden nicht ewig verhandeln. Darum treiben wir weiter eine Digitalsteuer auf EU-Ebene voran, mit dem Ziel, ein klares Zeichen an die Welt zu senden: Die große Wirtschaftsmacht Europa ist bereit, diesen Weg zu gehen, wenn es nicht bald zu einer international vereinbarten globalen Mindestbesteuerung kommt. Für diesen Vorstoß gibt es viel Zuspruch bei den europäischen Finanzministern; nur vier EU-Staaten wollen diesen Weg bislang nicht mitgehen. Damit künftig eine gerechte Besteuerung nicht mehr am Veto einzelner Länder scheitert, streiten wir im Europawahlkampf für das Ende des Einstimmigkeitsprinzips und die Einführung des Mehrheitsprinzips im Rat bei Steuerfragen. Wenn die globale Mindestbesteuerung vereinbart ist, werden wir sie im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im nächsten Jahr in Europa durchsetzen. Sollte eine internationale Verständigung dann nicht gelungen sein, werden wir im Rahmen unserer Präsidentschaft erneut das Ziel verfolgen, rechtzeitig bis Januar 2021 eine EU-weite einheitliche Regelung für eine Digitalsteuer zu erreichen. Sollten dann noch immer nicht alle EU-Staaten bereit sein mitzumachen, wollen wir trotzdem eine europäische Lösung für eine Digitalsteuer schaffen, indem eine Gruppe von Staaten im europäischen Rahmen gemeinsam vorangeht. Für alle Fälle wird Deutschland vorbereitet sein, notfalls auch national eine Lösung zu schaffen, die Digitalunternehmen stärker in die Verantwortung nimmt, aber zugleich unseren Interessen als Exportland Rechnung trägt. Wir werden nicht zulassen, dass sich die (digitalen) Multis der gerechten Besteuerung entziehen.

Kein Wettlauf nach unten bei den Unternehmenssteuern in Europa. Wir wollen innerhalb Europas keinen Wettbewerb um die niedrigsten Steuersätze oder die besten Steuerbedingungen für Unternehmen mehr. Doch dieser findet zurzeit statt, weil es bei den Mitgliedsstaaten so große Unterschiede bei der Besteuerung gibt – sowohl bei den Steuersätzen als auch bei der Frage, welche Einnahmen und Ausgaben bei der Berechnung des Gewinns überhaupt berücksichtigt werden. Um das zu ändern, wollen wir, als Voraussetzung für gerechtere Besteuerung, eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Körperschaftsteuer bei den Unternehmen in Europa einführen. Hierzu haben Deutschland und Frankreich im vergangenen Sommer die Initiative ergriffen und sich auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt. Die EU-Kommission ist dem Vorschlag gefolgt und hat einen Entwurf für eine Richtlinie für eine gemeinsame Körperschaftssteuerbemessung für alle EU-Staaten vorgelegt. Wir streiten dafür, dass diese Richtlinie schnell Realität und dann zügig in Deutschland umgesetzt wird.

Gegen neue Monopole vorgehen. Es geht bei den großen Digitalkonzernen nicht nur um die Frage, dass sie ordentlich Steuern zahlen. Es geht auch darum, ihre immer größer werdende Macht zu begrenzen, die sich aus der Aneignung und Verwertung der Daten von Abermillionen Nutzer*innen speist. Es darf nicht sein, dass eine kleine Zahl gigantischer Konzerne aus den USA und China in Zukunft bestimmt, wie wir alle kommunizieren, Handel treiben, was wir wissen, und was mit unseren Nutzerdaten geschieht.

95 Und es darf auch nicht sein, dass sie den kompletten Markt unter sich aufteilen und kein junges innovatives Unternehmen mehr eine Chance hat, auf diesem Markt eine Rolle zu spielen. Daher brauchen wir einen wirksamen Datenschutz in Europa und ein gut funktionierendes Europäisches Wettbewerbsrecht. Die EU-Kommission hat jüngst mehrfach bewiesen, dass sie entschlossen ist, Google & Co. zur Kasse zu bitten, wenn sie gegen das Wettbewerbsrecht verstoßen. Wir müssen aber auch noch an einer anderen
100 Stelle ansetzen: Daten, wird oft gesagt, sind das „neue Öl“. Diese Rohstoffe gehören uns allen. Die Daten, die wir Nutzer*innen tagtäglich produzieren, sollen nicht in der Hand weniger Unternehmen bleiben, sondern demokratisch kontrolliert und für alle zugänglich sein. Darum setzen wir uns für ein „Daten-für-alle“-Gesetz ein: eine Pflicht zum Datenteilen für große Plattformen - damit möglichst viele von Digitalisierung profitieren und Innovationen weiterhin eine Chance haben.

Antragsbereich Ini/ Antrag 2
(Angenommen)

Resolution Profis am Werk: Solidarität mit Fridays for Future

Überall auf der Welt ist freitags der Tag der jungen Menschen geworden, die die Welt vor dem Klimakollaps retten wollen. Wir Sozialdemokrat*innen finden das Engagement, die Kreativität des Protests und die Zähigkeit der Jugend großartig. Hunderttausende schließen sich für den Klimaschutz zusammen, und das ist eine gute Entwicklung für unser Land. Die Schüler*innen haben jedes Recht zum Protest: Denn das Handeln der Erwachsenen entscheidet über ihre Möglichkeiten und über ihre Zukunft.
5 Wir nehmen Kinder, Jugendliche und ihre Anliegen ernst – nicht nur freitags. Sie sind Expert*innen in eigener Sache und müssen Gehör finden, beispielsweise durch die Möglichkeit des Wählens ab 16 Jahren. Wir wollen eine junge Generation, die Verantwortung übernimmt, kritisch denkt, sich für unsere Gesellschaft engagiert und politisches Bewusstsein entwickelt. Dafür brauchen sie keine selbsternannten Profis und auch keine altväterlichen Ratschläge. Vielmehr verdienen sie, dass wir uns mit ihren Forderungen auseinandersetzen, die sie uns Woche für Woche quer durch alle Welt entgegenrufen. Der Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel kann auf so viele kreative und entschlossene Köpfe keinesfalls verzichten.
10 Der Klimawandel ist real, er findet auch vor unserer Haustür statt. Wir sind die letzte Generation, die das lebensbedrohliche Ausmaß der Erderwärmung bei zügigem Handeln noch abwenden kann. Ihre Bekämpfung ist für uns eine Frage von sozialer Gerechtigkeit.
15 Mit dem Abkommen von Paris hat sich Deutschland dazu verpflichtet, die Erderwärmung zu begrenzen. Dazu stehen wir. Den Verweis, dass Deutschland alleine das Klima nicht retten kann, finden wir zynisch: Die Verursacher sind die Industriestaaten, die Betroffenen, deren Lebensraum zerstört wird, leben in anderen Teilen der Erde. Es ist an uns, zu handeln. Wir wollen die sozialökologische Modernisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft – um die Umwelt zu schützen, das Leben besser zu machen und um gute Arbeitsplätze für die Zukunft zu schaffen. Und wir verbürgen uns dafür, dass mit uns die ökologische Transformation sozial gerecht abläuft.
20 Die SPD sorgt dafür, dass 2019 das Jahr des Handelns beim Klimaschutz wird. Wir wollen den Ausstieg aus der Kohleverstromung umsetzen und ein Klimaschutzgesetz beschließen, das die Bundesregierung jetzt und in Zukunft zum Handeln verpflichtet.
25 In dieser Woche wurde auf Betreiben unserer Bundesumweltministerin Svenja Schulze ein Klimakabinett bei der Bundesregierung eingerichtet, damit wir endlich unseren CO-2 Ausstoß reduzieren. Die jungen Menschen auf der Straße haben eine laute Stimme – die soll nicht nur auf der Straße bleiben. Wir werden Möglichkeiten der Beteiligung schaffen, und laden die Initiative „Fridays for future“ ein, ihre Expertise einzubringen.
30

Schiere Größe im Bankengeschäft ist keine Lösung, sondern eine Gefahr - Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank kritisch bewerten und rechtzeitig stoppen!

Die SPD sieht in einer möglichen Fusion von Deutsche Bank und Commerzbank mehr Nachteile als Nutzen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, ihren politischen Einfluss und die Bundesbeteiligung an der Commerzbank im Rahmen der bestehenden, sicherlich begrenzten Möglichkeiten in dem Sinne einzusetzen, dass die jetzt zwischen den Unternehmen aufgenommenen Fusionsgespräche baldmöglichst beendet werden.

5

Beide Banken stecken seit Jahren in hausgemachten und ungelösten Problemen und Umstrukturierungen, die auch Folgen noch nicht bewältigter Fusionen sind. Eine weitere Fusion würde diese Probleme nur weiter verkomplizieren anstatt einen Beitrag zu ihrer Lösung zu liefern.

10

In weiten Bereichen wie dem Firmen- und Privatkundengeschäft existieren breite Überschneidungen. Somit würden bei einer Fusion keine Synergien, Ergänzungen oder ein Zusatznutzen entstehen, sondern eine Bündelung bestehender Probleme, neue Belastungen durch die notwendige Integration und den Umbau einschließlich des massiven Arbeitsplatzabbaus. Im Bereich des Investmentbanking entstünden keinerlei Vorteile für das bestehende Geschäft der Deutschen Bank, da die Commerzbank hier nichts mit einbringt. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit würde also nicht erhöht. 20.000 bis 30.000 Arbeitsplätze sind also in Gefahr, ohne dass ein relevanter Nutzen entsteht.

15

Auch die Gefahr feindlicher Übernahmen würde eher zu- als abnehmen, da auch die fusionierte Bank im globalen Vergleich und in Relation zum anlagesuchenden Kapital eher klein ist, aber dann durch ihren krisenhaften Umbau und radikalen Personalabbau erst recht das Interesse von Investoren wecken würde. Für die Abwehr einer feindlichen Übernahme gibt es alternative und bessere Instrumente. Diese wären beispielweise ein Stiftungsmodell (z.B.: Thyssen-KruppStiftung), eine erhöhte Staatsbeteiligung bei der Commerzbank oder ein Ausbau der Mitbestimmung.

20

Wirtschafts- und finanzpolitisch müssen aus der Finanzkrise von 2007/2008 endlich Konsequenzen gezogen werden. Wer die Dominanz des Finanzkapitals über die Realwirtschaft wenigstens nicht noch größer werden lassen will, muss die weitere Konzentration im Bankensektor begrenzen und nicht fördern. Mit einer fusionierten Großbank aus Commerzbank und Deutscher Bank entstünde erneut ein Institut, das „too big to fail“ ist, also im Krisenfall vom Steuerzahler gerettet werden müsste. Diese so genannte implizite Staatsgarantie wäre zudem eine massive Wettbewerbsverzerrung auf dem Bankenmarkt.

25

Aus Sicht der SPD ist also die genannte mögliche Fusion aus unternehmensbezogenen, finanz- und wirtschaftspolitischen sowie beschäftigungspolitischen Gründen abzulehnen.

30

Europapolitik

Antragsbereich EU/ Antrag 31, Landesverband Schleswig-Holstein
(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Gleiche Pflichten, gleiche Rechte - Ausländerwahlrecht bei der Europawahl ermöglichen

Als SPD stehen wir für möglichst gleiche Beteiligung von möglichst vielen. Das gilt für die Absenkung des Wahlalters – zuletzt auf 16 Jahre bei Landtagswahlen in Schleswig- Holstein – genauso wie für das Wahlrecht von Ausländern. Wie mit der Regierung von Björn Engholm im Jahr 1989 wollen wir an der Spitze der Bewegung für mehr Demokratie stehen.

5

Die SPD-Bundestagsfraktion soll darauf drängen, dass auch Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben und keine EU-Bürger*innen sind, an den Wahlen für das Europäische Parlament im Jahr 2019 teilnehmen können. Wenn nötig, werden wir dafür den Vorschlag einer Änderung des Grundgesetzes einbringen.

10

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Inzwischen ist das nicht nur die gelebte, sondern auch die akzeptierte Realität. Allerdings gibt es immer noch viele Hürden für Integration. Dazu zählt das Wahlrecht. Ausländische EU-Bürger haben dank des Vertrags von Maastricht das Recht, an kommunalen Wahlen in Deutschland teilzunehmen. Jetzt ist es an der Zeit für weitere Schritte. Es ist nicht gerecht, dass Menschen, die seit vielen Jahren bei uns leben, Steuern zahlen und auf viele Arten zum Gemeinwesen beitragen, allein aufgrund ihres Passes von politischer Partizipation bei allen Wahlen ausgeschlossen werden.

15

Die Argumentationen gegen eine Ausweitung des Wahlrechts ähneln sich. Wir kennen sie vom politischen Kampf für die Abschaffung des Zensus-Wahlrechts oder aus den Auseinandersetzungen bei der Einführung des Frauenwahlrechtes.

20

Antragsbereich EU/ Antrag 35, Landesverband Berlin

(Überwiesen an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament)

Finanzierung des Programmes DISCOVER EU dauerhaft sichern

Die Europaparlamentarier*innen der SPD werden sich im Rahmen der anstehenden Verhandlungen zur Finanzierung und Ausgestaltung des Programms DiscoverEU für eine Verstetigung der Finanzierung und folgenden Änderungen des Programms einsetzen:

5

1.eine Reform der Auswahl der Teilnehmer*innen am DiscoverEU-Programm, um stärker als bisher Menschen mit unterschiedlichen Bildungs- und Einkommenshintergründen, insbesondere sozial benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen bzw. Auszubildenden und Nichtstudierenden Zugang zu ermöglichen. Eine Möglichkeit hierfür wären entsprechende Teilkontingente. Die Verlosung von Plätzen soll abgeschafft werden,

10

2.die Ausweitung der Kostenübernahme auf Unterkunftskosten und andere mit Reisen verbundenen Kosten für entsprechende Teilkontingente von Teilnehmer*innen, um überhaupt Menschen mit niedrigen Einkommen eine Teilnahme zu ermöglichen,

3.die stärkere Einbeziehung von kulturellen und pädagogischen Aspekten in das DiscoverEU-Programm, um tatsächliches nonformelles interkulturelles Lernen und Verständigung zu fördern, beispielsweise im Rahmen verpflichtender Vor- und Nachbereitungsseminare,

15

4.den stärkeren Einbezug von Jugendorganisationen und Jugendverbänden in die Ausgestaltung des Programms DiscoverEU durch die Europäische Kommission und das Europäische Parlament,
5.die Vernetzung von DiscoverEU mit bestehenden Jugendaustauschprogrammen der EU.

- 20 Zudem muss sichergestellt werden, dass für das Programm DiscoverEU zusätzliche Mittel im Rahmen des Etatbereiches von Erasmus zur Verfügung gestellt werden. Keinesfalls dürfen Mittel für DiscoverEU dem Erasmus-Jugendetat entnommen werden.

Antragsbereich EU/ Antrag 44, Stadtverband Wolfenbüttel (Bezirk Braunschweig)

Europa umsetzen!

(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

1. Die Bundestagsfraktion der SPD setzt sich für die Verwirklichung eines solidarischen, sozialen und gerechten Europas ein.
- 5 2. Die Bundestagsfraktion der SPD und die der Bundesregierung angehörenden SPD-Minister treten in der Bundesregierung für die Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgehaltenen EU-politischen Vorgaben ein.
3. Dieser Antrag wird an den Parteivorstand der SPD, die Bundestagsfraktion der SPD und den Unterbezirk Wolfenbüttel weitergeleitet.

Antragsbereich EU/ Antrag 45, Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Zukunftsvision durch gemeinnützige kommunale Unternehmen überall in der EU

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand - Kommunalbeirat)

Überall in der EU werden kommunale Unternehmen mit einem öffentlichen Auftrag (wie öffentlicher Auftrag der Sparkassen) gegründet mit folgenden Merkmalen:

- 5 • Öffentlicher Versorgungsauftrag für Energie, Abfall, Wasser, Finanzen (Sparkassen), Internet, Daten
- Regionalprinzip
- Gewinn ist nicht Hauptziel
- Gewinne dürfen nur für gemeinnützige Zwecke ausgeschüttet werden
- Europäisch, staatliche Rechtsform
- 10 • Keine Beteiligung privater Unternehmen
- Geschäftstätigkeit von Investitionsschutzverträgen ausgenommen
- Einheitlicher Tarifvertrag für die Beschäftigten mit Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten
- Einheitlicher europäischer Arbeitgeberverband
- 15 • Möglichst einheitliche europäische Gewerkschaft
- Gewinnbesteuerung einheitlich 35% (10% für Kommune/ 25% Europaparlament)
- Eigentumsübertragung der Versorgungsleitungen auf die neuen europäischen kommunalen Unternehmen
- Verpflichtung zu europaweiten Betriebsvergleichen der europäischen kommunalen Unternehmen zum Zwecke der Effizienz
- 20 • Ziel ist die Schaffung einheitlicher guter Startbedingungen überall in der EU und Verhinderung von privaten Monopolen und Oligopolen.
- Ziel ist die Schaffung einer Perspektive für alle Menschen und kleine sowie mittlere Unternehmen überall in der EU
- 25 • Ziel ist ein Innovationsschub für die Herausforderungen (Klimawandel, Bevölkerungsentwicklung, etc.) der Gegenwart und Zukunft

Ja zu einem starken Urheberrecht, Nein zu Uploadfiltern

Die SPD steht an der Seite der Urheber, der Kreativen, der Kulturschaffenden und der Künstlerinnen und Künstler. Die SPD steht zugleich ein für die Freiheit des Internets und für Freiheitsrechte in der digitalen Zeit.

5 Die SPD will die Situation der Urheberinnen und Urheber verbessern und einen gerechten Interessen-
ausgleich mit den Verwerterinnen und Verwertern erreichen. Deswegen brauchen wir ein modernes
und zeitgemäßes Urheberrecht und ein wirksames Urhebervertragsrecht. Angemessene Vergütung
statt Ausbeutung und Rechtsverlust - das ist unsere Zielsetzung. Daher möchten wir ein Scheitern der
10 Urheberrechtsreform verhindern. Die Verwertung und Vergütung kreativer Inhalte darf jedoch nicht auf
Kosten von Freiheitsrechten erfolgen. Wir wollen Uploadfilter verhindern.

Daher begrüßen und unterstützen wir den Antrag der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament, die bei
den anstehenden Beratungen über die Richtlinie zur Urheberrechtsreform im Plenum auf eine Verhin-
15 derung von Uploadfiltern und stattdessen auf die Einführung von Bezahlmodellen drängen. Auch die
Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, sich in diesem Sinne einzusetzen.

Den jüngsten Vorschlag der CDU/CSU nehmen wir mit Verwunderung zur Kenntnis: Bereits im Sommer
hat es von SPD-Europaabgeordneten den Versuch gegeben, den Grundsatz „Bezahlen statt blockieren“
20 im Entwurf der Urheberrechtsreform zu verankern. Auch Justizministerin Katarina Barley hat sich hier-
für stark gemacht. Doch der Vorschlag wurde damals vom zuständigen Berichterstatter der Union ab-
gelehnt. Dass die Union nun einen Vorschlag zur nationalen Umsetzung der Urheberrechtsrichtlinie vor-
legt, der diesen Gedanken aufgreift, ist gut. Es ist generell gut, dass die Union sich endlich bewegt. Der
Weg der Union greift jedoch zu kurz, denn er schlägt nur eine nationale Umschiffung des eigentlichen
25 Problems vor. Das Ergebnis wäre: In allen anderen europäischen Ländern besteht die Möglichkeit zum
Einsatz von Upload-Filtern weiterhin, nur nicht in Deutschland. Wir setzen uns für eine europäische Re-
gelung ein, die Uploadfilter verhindert.

Weitere Anträge

1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge (zum Teil sind diese Anträge ganz oder teilweise in andere Beschlüsse eingeflossen):

Ä1; Ä2; Ä3; Ä4; Ä6; Ä7; Ä8; Ä9; Ä11; Ä12; Ä13; Ä15; Ä16; Ä17; Ä19; Ä20; Ä21; Ä22; Ä23; Ä24; Ä25; Ä26; Ä27; Ä28; Ä29; Ä30; Ä31; Ä32; Ä33; Ä35; Ä36; Ä37; Ä39; Ä40; Ä41; Ä42; Ä43; Ä44; Ä45; Ä46; Ä50; Ä51; Ä52; Ä53; Ä56; Ä57; Ä58; Ä60; Ä62; Ä63; Ä64; Ä65; Ä66; Ä67; Ä68; Ä70; Ä71; Ä72; Ä73; Ä76; Ä79; Ä80; Ä81; Ä82; Ä83; Ä85; Ä86; Ä87; Ä88; Ä89; Ä90; Ä92; Ä93; Ä95; Ä96; Ä97; Ä98; Ä99; Ä100; Ä101; Ä102; Ä103; Ä104; Ä105; Ä106; Ä107; Ä108; Ä109; Ä110; Ä112; Ä113; Ä115; Ä116; Ä117; Ä118; Ä119; Ä120; Ä122; Ä123; Ä124; Ä125; Ä126; Ä127; Ä128; Ä129; Ä130; Ä133; Ä134; Ä135; Ä136; Ä137; Ä138; Ä141; Ä142; Ä143; Ä144; Ä145; Ä146; Ä147; Ä148; Ä149; Ä151; Ä152; Ä153; Ä155; Ä156; Ä157; Ä158; Ä162; Ä163; Ä165; Ä166; Ä167; Ä168; Ä169; Ä170; Ä173; Ä174; Ä175; Ä176; Ä177; Ä178; Ä179; Ä180; Ä181; Ä182; Ä184; Ä185; Ä186; Ä187; Ä188; Ä189; Ä190; Ä191; Ä193; Ä194; Ä195; Ä197;

EU1; EU2; EU3; EU4; EU5; EU6; EU7; EU8; EU9; EU10; EU11; EU12; EU13; EU14; EU15; EU16; EU17; EU18; EU19; EU20; EU21; EU22; EU23; EU24; EU25; EU26; EU26; EU28; EU29; EU30; EU32; EU33; EU34; EU37; EU38; EU39; EU40; EU41; EU42; EU43; EU46; EU47; EU48; EU49; EU50; EU51;

2. Abgelehnt wurden die Anträge:

Ä5; Ä7; Ä10; Ä11; Ä14; Ä18; Ä19; Ä20; Ä21; Ä27; Ä29; Ä31; Ä32; Ä33; Ä34; Ä35; Ä36; Ä37; Ä38; Ä42; Ä44; Ä47; Ä48; Ä49; Ä50; Ä51; Ä52; Ä53; Ä54; Ä55; Ä59; Ä61; Ä64; Ä65; Ä67; Ä68; Ä69; Ä72; Ä74; Ä75; Ä77; Ä78; Ä84; Ä91; Ä94; Ä97; Ä104; Ä111; Ä112; Ä114; Ä123; Ä124; Ä126; Ä131; Ä138; Ä139; Ä140; Ä141; Ä149; Ä150; Ä152; Ä154; Ä156; Ä159; Ä161; Ä162; Ä164; Ä165; Ä171; Ä172; Ä180; Ä181; Ä183; Ä184; Ä185; Ä186; Ä188; Ä196;

EU27; EU34;

3. Nichtbefassung wurde beschlossen für die Anträge:

Ä192;